

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Erich Kästner, Berlin.
Telefon: Amt Döblich 4190/4190



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 3 61, Dönhofsplatz 6
Telefon: Capabauß

Die Veröffentlichung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund schriftlicher Zusicherung geschützt. Abdruck ist ohne 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders verordnet ist, gestattet für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 9. September 1931.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Interregnum in Bayern.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. München, 9. September (Eig. Bericht)

Die bayerische Sozialdemokratie steht vor schwierigen Entscheidungen. Ihre schon im Frühjahr geäußerte Auffassung, dass die geschäftsführende Rumpfregierung-Held kein Dauerzustand sein kann und das Land wieder zu einer verantwortlichen parlamentarischen Regierung kommen muss, ist angesichts der grossen Gefahren des bevorstehenden Winters rasch zum Allgemeingut der politischen Erkenntnis geworden. Der einfachste und auch der natürliche Weg zu einer verfassungsmässigen Regierung zu kommen, ist die Neuwahl des Landtags, für die schon vor einem halben Jahr ein neues Wahlgesetz geschaffen wurde. Die Splitterparteien haben zwar noch einmal einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes als verfassungswidrig angefochten, doch sind ihre Argumente vom Staatsgerichtshof schon in einer früheren Entscheidung als im wesentlichen unbegründet zurückgewiesen worden, sodass man am 21. September die Beseitigung des letzten Formal-Hindernisses für Neuwahlen erwartet.

Trotzdem ist durchaus ungewiss, ob der Landtag, dessen Periode regulär erst im Mai nächsten Jahres zu Ende geht, sich jetzt auflöst. Kraft ihrer 46 Mandate kann die Bayerische Volkspartei die Auflösung verhindern, und in der Tat scheint sie dazu entschlossen zu sein. Denn sie betreibt auf einem anderen Weg als durch Wahlen die Neubildung der Regierung Held, dessen Kabinett durch sozialdemokratische Initiative vor Jahresfrist gestürzt wurde, streckt im Augenblick die Fühler zur parlamentarischen Rekonstruktion seiner Regierung aus, wozu er offenbar von seiner Partei ermächtigt ist. Das könnte nach dem Versagen seiner Regierungsführung auf fast allen Gebieten, namentlich auf dem der Finanzen und der Staatsvereinfachung, verwunderlich erscheinen und den Eindruck erwecken, dass seine Unzulänglichkeit in der eigenen Partei noch nicht erkannt ist. Dem ist nicht ganz so. Aber der 11 jährige reaktionäre Kurs der Bayerischen Volkspartei und die 6 jährige Beweihräucherung helds als der Mann, dem allein die Rettung Bayerns vor den Berliner Gelüsten gelingen kann, hat sein persönliches Ansehen vor allem beim Landvolk so untermauert, dass der Störungslautsprecher von Tutenhausen derzeit noch nicht ohne seine Einwilligung beiseite geschoben werden kann. Die Zahl der Vernünftigen ist zwar in Bayern im Wachsen, ihre Kraft und jedenfalls ihr Mut reichen aber noch nicht aus, um die "mehreren" zur Einsicht zu zwingen.

Vorausgesetzt also, dass im Herbst nicht gewählt wird, steht der Landtag in wenigen Wochen vor der Frage der Wahl einer ordentlichen Regierung mit Dr. Held als Ministerpräsident. Personell soll alles beim alten bleiben, nur für den Posten des Finanzministers ist eine noch unverbrauchte Kraft der Bayerischen Volkspartei in Aussicht genommen, die allgemein als der Gegenpol der Politik von Tutenhausen gilt. Ihr sind ausserdem besondere Vollmachten, vor allem für die rasche Durchführung der Staatsvereinfachung, zugegedacht, ohne die jedes Anbahnen einer Gesundung der bayerischen Staatsfinanzen eine Utopie ist.

Das schliesst aber zugleich die Wiederbesetzung des Landwirtschaftsministeriums aus, auf das der Bauernbund beharrt. Das zeigt, dass auch bei einer Zustimmung der Deutschnationalen eine Wiederherstellung der Regierungskoalition Heldischer Prägung nicht ohne weiteres möglich ist.

Deshalb besteht die Absicht, die Sozialdemokraten für eine Stillehaltung gegenüber einer parlamentarischen Minderheitsregierung Held zu interessieren und zu gewinnen. Eine ungewöhnliche Zumutung, wenn man die scharfe Oppositionsstellung betrachtet, in der noch jede sozialdemokratische Fraktion zur allgemeinen Politik dieses Ministerpräsidenten und zu seiner Person im besonderen gestanden hat. Wenn die Sozialdemokraten ihm zuletzt das Ministergehalt bewilligten, so nicht etwa deswegen, weil das Volumen ihres politischen Misstrauens geringer geworden wäre, sondern weil ihnen der gesunde Menschenverstand sagte, dass die Ablehnung des Ministergehalts bei einer Geschäftsregierung parlamentarisch eine blosser Geste ist. Denn dem aus politischen Gründen angewandten Oppositionsinstrument der Misstrauenserklärung ist von vornherein die Möglichkeit der Wirkung, Rücktritt des Geschäftsministeriums oder eines seiner Mitglieder, genommen. Die Gehaltsbewilligung, aber auch die positive Mitarbeit an der Etatpolitik, änderte also nicht im geringsten die Oppositionsstellung der sozialdemokratischen Fraktion. Zu einer solchen Änderung aber müsste sie sich bekennen, zu mindesten zu einer zeitlich beschränkten Aussetzung ihres Misstrauens, wenn die Stillehaltung ehrlich und praktisch einen Sinn haben soll.

Die Entscheidung ist für die sozialdemokratische Fraktion ausserordentlich schwer und wird ihr auch durch den Umstand nur unwesentlich erleichtert, dass eine bejahende Haltung mit einer persönlichen Demütigung für Dr. Held verbunden wäre. Gehört er doch zu jenen sturen Gegnern der Sozialdemokratie, die die blödesten Antimarxistenphrasen bisher zum Kernstück ihres politischen Glaubens und Handelns gemacht haben, sodass man sehr wohl die Frage aufwerfen könnte, welcher Stillehalter innerlich die grössere Abneigung zu überwinden hätte. Doch können diese persönlich gefärbten Hemmungen nicht ausschlaggebend sein, ihre Bedeutung müsste sich zwar steigern, wenn der deutschnationale Justizminister Gürtner mit auf die Bühne der Tolerierungspolitik gestellt würde. Die Stütze der sozialdemokratischen Duldung ruhte aber vor allem in politischen und finanziell-wirtschaftlichen Garantien, die nach menschlichem Ermessen einigermaßen dafür bürgen könnten, dass die ungeheuer schweren Aufgaben, die dieser harte Winter dem Staat aufbürdet, zum Wohl für Land und Volk gelöst werden.

Die bayerische Sozialdemokratie ist grundsätzlich zu Opfern bereit, wenn diese Opfer der Allgemeinheit, den breiten Massen des werktätigen Volkes Erleichterung verschaffen. Zu dieser Bereitschaft gehört auch die demokratische Tugend, selbst jenem Gegner eine Chance zu geben, der den gleichen Opferwillen ihr gegenüber noch nie bewiesen hat.

*SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Am 1. August 1931 wurde gelegentlich einer Demonstration des verbotenen Rotfrontkämpferbundes der Polizeihauptwachtmeister Viebig durch Lungenschuss schwer verletzt. Die von der Abteilung Ia geführten Ermittlungen haben zur Klärung der Sache und Feststellung der Schützen geführt. Der Installateur Emil Rudachowski, zuletzt Langestr. 23 wohnhaft, ist der Tat überführt und befindet sich in Untersuchungshaft. Ausser Rudachowski haben geschossen der Arbeiter Erich Rogge, am 3. Juli 1901 in Oranienburg geboren, zuletzt Paul Singerstr. 60 wohnhaft, und der Arbeiter Bunte, am 14. Mai 1907 in Berlin geboren, zuletzt Blumenstr. 42 gemeldet gewesen. Rogge und Bunte sind bald nach der Tat geflüchtet. Sie halten sich wahrscheinlich bei Gesinnungsgenossen verborgen.

SPD. Der preussische Kultusminister hat den bekannten Nationalökonom Professor Dr. Lederer an die Berliner Universität berufen. Die Berufung erfolgte gegen den Willen der juristischen Fakultät, die sich sowohl gegen die Berufung Lederers als auch gegen die des bekannten sozialdemokratischen Juristen Dr. Radbruch ausgesprochen hat.

Lederer und Radbruch, die beide der sozialdemokratischen Partei angehören, gelten weit über Deutschlands Grenzen hinaus als anerkannte Wissenschaftler. Trotzdem hat die juristische Fakultät der Berliner Universität es fertig gebracht, beide abzulehnen. Sie hat damit wieder einmal ihre rechtsradikale Gesinnung über die Wissenschaft gestellt. Der preussische Kultusminister hat darauf die einzig richtige Antwort gegeben, er hat den Herren die Professur Lederers aufoktroziert.

SPD. Paris, 9. September (Eig. Drahtb.)
Die deutsche Botschaft in Paris hat den Quai d'Orsay am Mittwoch um die Freilassung des im Elsass verhafteten Professors Schmidlin ersucht. Der Quai d'Orsay hat entsprechende Schritte beim Justizministerium zugesagt.

Der Zwischenfall wird in hiesigen offiziellen Kreisen bedauert. Trotzdem dürfte der Schritt des Quai d'Orsay beim Justizministerium kaum von Erfolg begleitet sein, weil nach französischem Recht ein neues Gerichtsverfahren eingeleitet werden muss, wenn ein in Abwesenheit Verurteilter sich selbst den Gerichtsbehörden stellt oder verhaftet wird.

SPD. Die Beratungen der preussischen Regierung über die Notverordnung zur Ausbalancierung des preussischen Etats und der Etats der preussischen Gemeinden, sind am Mittwoch nach der grundsätzlichen Seite hin abgeschlossen worden. Die Veröffentlichung der Verordnung wird jedoch erst erfolgen, sobald die Reichsregierung zu den preussischen Massnahmen Stellung genommen hat und der wahrscheinlich erforderliche Ausgleich zwischen den preussischen Plänen und neuen bevorstehenden Massnahmen der Reichsregierung erfolgt ist.

Die preussische Notverordnung sieht vor allem einen Abbau sämtlicher Funktions- und Leistungszulagen ab 1. Oktober um mindestens ein Drittel und mehr des bisherigen Satzes vor. Ausserdem sollen eine ganze Reihe von Stellen eingespart werden. Von dieser Massnahme werden alle Beamtensategorien, also auch die Volksschullehrer und die Lehrer der höheren Schulen, betroffen. Darüber hinaus ist für die Beamten der Gruppe A, d.h. dem Gros der Beamtenschaft, insoweit eine Besoldungssperre vorgesehen, als Beförderungen bezw. entsprechende Zulagen in Zukunft nicht mehr jährlich, sondern nur noch alle 3 Jahre gestattet werden. Durch diese und andere Massnahmen erfährt der preussische Etat für den Rest des Haushaltsjahres 1931/32 voraussichtlich eine Ausgabensenkung von etwa 180 - 200 Millionen Mark.

Die in der Notverordnung enthaltenen Massnahmen zur Sanierung der kommunalen Finanzen beruhen im wesentlichen auf den Finanz- und Wirtschaftsplänen des Deutschen Städtetages. Die Gemeindeverwaltungen werden u.a. ermächtigt, von sich aus geeignete Massnahmen zur Sanierung ihrer Haushalte zu treffen. Auf diese Weise sollen Ersparnisse von insgesamt 200 Millionen Mark ermöglicht werden.

+ + +
Im Zusammenhang mit Erörterungen über die Abbaumassnahmen der preussischen Regierung bei den Schulen greifen staatsparteiliche Blätter und solche des Zentrums den preussischen Kultusminister heftig an. Ihm wird vorgeworfen, dass er sich während den Beratungen des Kabinetts nicht schützend vor die Schule gestellt und Abbaumassnahmen bei der Schule aus parteitaktischen Er-

wägungen geduldet habe. Diese Behauptungen sind übelste Demagogie. Die Abbau-
massnahmen bei den Schulen, die insgesamt eine Ersparnis von rund 40 Millione
Mark ausmachen, sind zum grössten Teil gegen den preussischen Kultusminister
und zwar mit den Stimmen der staatsparteilichen und Zentrums-Minister beschlos-
sen worden.

SPD. Wien, 9. September (Eig. Drahtb.)

Die Christlich-Sozialen beschlossen am Mittwoch, für die Wahl des Bundes-
präsidenten den derzeitigen Bundespräsidenten Miklas als Kandidaten aufzustel-
len. Eine starke Minderheit hatte sich für Seipel eingesetzt, für den auch die
Heimwehren interveniert hatten. Der Beschluss der Christlich-Sozialen wurde so
fort den anderen Parteien zur Kenntnis gebracht.

Die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt nach der Verfassung durch das Volk
und ist für den 8. Oktober angesetzt. Der sozialdemokratische Kandidat ist der
Präsident des Nationalrats Dr. Renner.

SPD. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die am Dienstag
und Mittwoch in Potsdam tagte, nahm am Mittwoch ein ausführliches Referat ih-
res Vorsitzenden Dingeldey über die politische und wirtschaftliche Lage ent-
gegen. Dingeldey befasste sich u.a. auch eingehend mit der deutschen Aussen-
politik und den jüngsten Vorgängen in Genf. Die Aussprache über das Referat
wurde am Nachmittag nach Berlin verlegt und dort um 8 Uhr abends fortgesetzt.

Voraussichtlich wird die volksparteiliche Fraktion zur deutschen Aussen-
politik keine Entschliessung fassen, aber Herrn Dingeldey zu einer Rücksprache
mit Herrn Curtius und dem Reichskanzler beauftragen. Welcher Art diese Rück-
sprachen sein werden, ergibt sich daraus, dass die Mehrheit der volkspartei-
lichen Fraktion gegen ein weiteres Verbleiben ihres Aussenministers im Amt ist

SPD. Braunschweig, 9. September (Eig. Dr.)

Die Fraktion "Bürgerliche Einheitsliste" hat einstimmig beschlossen, die
Regierungsgeschäfte dem jetzigen deutschnationalen Finanzminister Dr. Küchen-
thal allein zu belassen. Dementsprechend wurde den Nationalsozialisten mitge-
teilt, dass die bürgerlichen Abgeordneten den Nazi-Kandidaten Klagges nicht zu
wählen beabsichtigen.

SPD. Hannover, 9. September (Eig. Drahtb.)

Das Polizeipräsidium Hannover teilt mit: Am 4. Oktober 1931 wurden durch
einen Beamten der Landeskriminalpolizeistelle Hannover in Göttingen bezw.
Hannoversch-Münden wegen dringenden Verdachts des Hochverrats festgenommen
und dem Amtsgericht in Göttingen vorgeführt: der Maler Karl Thies aus Hanho-
versch-Münden, der Student jur. Arno Deutelmöser in Göttingen und der Techni-
ker Heinz Klapproth in Göttingen. Gegen die vorgenannten ist vom Untersuchungs-
richter des Amtsgerichts in Göttingen Haftbefehl erlassen worden. Es handelt
sich um den Versuch der Zersetzung der Reichswehr und der Verleitung zum Waf-
fendiebstahl. Bei Klapproth wurden 800 Schuss Infanterie-Munition gefunden,
die nach seinen Angaben dem gewaltsamen Umsturz dienen sollten. Thies gehört
der KPD, Deutelmöser der "Eidgenossenschaft" und Klapproth der "Freischar
Schill" an.

SPD. In Berlin hat sich kürzlich der Fall zugetragen, dass ein sozialdemokratischer Landgerichtspräsident namens Soelling-Seligsohn die Sozialdemokratie verlassen hat und bald darauf zu den Deutschnationalen überwechselte. Welch Geisteskind dieser Soelling-Seligsohn ist, der sich in der Sozialdemokratie jahrelang wohlfühlte und ihr erst den Rücken kehrte, nachdem er Karriere gemacht hatte, zeigt eine Verhandlung, die sich am Mittwoch vor dem Berliner Arbeitsgericht abgespielt hat und Herrn Soelling eine empfindliche Schlappe brachte.

Der Angestelltenrat am Landgericht I in Berlin, dessen Präsident Soelling ist, wollte zusammen mit dem Beamtenausschuss am 2. März im Plenarsaal des Landgerichts I eine Gefallenen-Gedenkfeier veranstalten. Zwischen dem Angestelltenrat und dem Beamtenausschuss kam es jedoch wegen der Auswahl des Redners zu Unstimmigkeiten. Die Angestellten verlangten, dass der als Redner in Aussicht genommene Pfarrer eine Erklärung abgeben sollte, dass er den Krieg nicht verherrlichen würde. Das lehnte der Beamtenausschuss ab. Darauf beschlossen die Angestellten, sich an der Feier nicht zu beteiligen. Kurz vor der Feier entfernten Mitglieder des Beamtenausschusses die an den Gefallenentafeln aufgehängten Kränze und Schleifen in den Reichs- und Landesfarben. Daraufhin schrieb der Vorsitzende des Angestelltenrates Ernecke an Soelling einen Brief, in dem er fragte, ob er die Entfernung der Schleifen billige. Soelling gab auf diesen Brief keine Antwort. Am Schluss der Feier rief Ernecke in den Saal: "Es lebe die deutsche Republik". Diese Tatsachen gelangten schliesslich durch Ernecke in die Presse. Darin erblickte Soelling eine Mitteilung von innerdienstlichen Angelegenheiten und verwarnte Ernecke schriftlich.

Der Vertreter des beklagten Justizfiskus erklärte vor dem Arbeitsgericht, dass der Hohnruf Erneckes auf die Republik als eine "beabsichtigte Störung der Feier" gedacht war. Ernecke betonte dagegen vor dem Arbeitsgericht: "Ich habe das Hoch auf die Republik als Protest gegen den Präsidenten Soelling ausgebracht, der es nicht für nötig befand, als einer der vornehmsten Vertreter der Republik für die Staatsform einzutreten, auf die er vereidigt ist."

Das Gericht verurteilte den beklagten Fiskus, die Ernecke erteilte Verwarnung aufzuheben. Inzwischen hat Ernecke den Justizfiskus wiederum verklagt, da er wegen angeblicher persönlicher Angriffe von Soelling fristlos entlassen worden ist.

SPD. Karlsruhe, 9. September (Eig. Dr.)

In der Mittwoch-Sitzung des Badischen Landtages kündigte der Finanzminister für die nächste Zeit ein neues Notgesetz an. Die am 8. Juli angeordnete Kürzung der Beamtengehälter habe nicht zu einem Ausgleich des Etats geführt. Es sei bereits wieder ein Fehlbetrag von 8 - 10 Millionen Mark zu verzeichnen.

Das Notgesetz vom 8. Juli wurde vom Landtag mit 55 gegen 17 Stimmen gutgeheissen. Ferner genehmigte der Landtag die Uebernahme einer Ausfallgarantie des Landes Baden in Höhe von 12 Millionen Mark für Lieferungsgeschäfte badischer Firmen nach Russland.

SPD. München, 9. September (Eig. Drahtb.)

Der berühmte Volkswirtschaftler Geheimrat Professor Brentano, dessen wissenschaftliche Forschungen und Leistungen auch für die politische Entwicklung Deutschlands eine Rolle spielten, ist am Mittwoch-Nachmittag in seiner Münchener Wohnung gestorben. Sein Tod kam unerwartet, nachdem er von dem gefährlichen Blasenleiden, das ihn vor einigen Monaten befallen hatte, wieder vollständig genesen war. Brentano stand im 86. Lebensjahr.

SPD. Stuttgart, 9. September (Eig. Dr.)

Das württembergische Staatsministerium hat an die Reichsregierung mehrere Anträge zum Schutz des Kleingewerbes und Einzelhandels gerichtet. Darin wird verlangt, dass das in der vom Reichsrat durchberatenen Novelle zur Gewerbeordnung vorgesehene Verbot von Wanderlagern in Wirtschaften durch Notverordnung in Kraft gesetzt wird. Ferner werden gesetzliche Möglichkeiten zum Einschreiten gegen die Einheitspreisgeschäfte gefordert, die "nachweislich" einen Hauptteil ihrer Waren "irregulär" einkaufen und deren Waren "nachweislich" Ramsch- und Partiewaren sind.

Weiter fordert das württembergische Staatsministerium die Einführung des Konzessionsverfahrens für Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte, wobei die Genehmigung zur Gründung solcher Geschäfte von der Prüfung der Bedürftigkeitsfrage abhängig zu machen wäre. Schliesslich verlangt ein Antrag der württembergischen Regierung noch eine Änderung der Steuergesetzgebung durch Einschaltung der Filialsteuer.

SPD. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte am Mittwoch den "Bundeskanzler" des Stahlhelm, Major a. D. Wagner, und den verantwortlichen Redakteur der Wochenzeitung "Der Stahlhelm" wegen schwerer Beleidigung der preussischen Staatsregierung zu 800 Mark bezw. 400 Mark Geldstrafe.

Wagner hatte vor der Einleitung des Stahlhelm-Volksbegehrens im "Stahlhelm" einen hetzerischen und beleidigenden Artikel gegen die "marxistische Preussenregierung" veröffentlicht. U. a. bezeichnete er die Preussische Staatsregierung als "sicherer Verbündeter" Frankreichs und Polens. Diese infame Verleumdung führte seinerzeit zu einem mehrwöchigen Verbot des "Stahlhelm" durch den Berliner Polizeipräsidenten. Das Reichsgericht hat dieses Verbot zeitlich begrenzt, in seiner Begründung jedoch voll bestätigt.

In der Begründung seines Urteils sagt das Berliner Schöffengericht, dass die Angeklagten die Preussische Staatsregierung aufs schwerste beleidigt und damit ihre Autorität zu untergraben und zu erschüttern versucht hätten. Das müsse scharf geahndet werden.

SPD. London, 9. September (Eig. Drahtb.)

Dem Gewerkschaftskongress in Bristol lag am Mittwoch ein Bericht des Generalrates über die jüngsten politischen Ereignisse in England vor. Der Bericht stellt fest, dass die politische Krise des August 1931 nur der Kulminationspunkt einer sich dauernd verschlechternden Situation in England gewesen sei, deren Wurzeln in der Nachwirkung des Krieges und in seinem Erbe, den Reparationen und Kriegsschulden, zu suchen sei, sowie in der verfehlten Deflationspolitik der englischen Betriebe. Tatsächlich sei Englands Lage im Vergleich zu derjenigen anderer Länder im Jahre 1931 gegenüber der 1928 günstiger.

Die Mittel, die der Gewerkschaftsrat zur Bekämpfung der langfristigen Krise in England empfiehlt, sind: Beendigung der Deflationspolitik der letzten zehn Jahre, Modernisierung der englischen Industrie unter dem Einfluss der öffentlichen Hand, eine internationale Politik, die auf Weltfrieden und die Revision der Reparationen und der Kriegsschulden abgestellt ist. Die Politik der Lohnsenkung sei grundverkehrt und werde nur zu weiterer Deflation und daher zu weiterer Wirtschaftsnot führen. Die Festsetzung der Goldparität des Pfundes im Jahre 1925 auf den Vorkriegsstand sei ein Fehler gewesen. Neme man jetzt die Herabwertung des Pfundes vor, so werde das zwar seine Kaufkraft schwächen, aber gleichzeitig die Schuldenlast vermindern und den Exportindustrien neuen Antrieb geben. Würden sich die Verhältnisse nicht bessern, so

werde England zur Aufgabe der gegenwärtigen Pfund-Parität gezwungen werden. Ueber das Problem des Finanzzolles hat der Generalrat noch keine Entscheidung getroffen.

SPD. Essen, 9. September (Eig. Drahtb.)

Die am Mittwoch in Essen geführten Verhandlungen über die Tariferneuerung im Ruhrbergbau sind ergebnislos verlaufen.

Die Auseinandersetzungen gingen zunächst um die Arbeitszeitfrage. Die Gewerkschaftsvertreter betonten, dass sie das Arbeitsabkommen mit dem Ziel gekündigt hätten, die Mehrarbeit zu beseitigen. Die Aufrechterhaltung einer Schichtzeit von 8 Stunden unter Tage und einer Schichtzeit von 9 und 10 Stunden über Tage, sei in der gegenwärtigen Zeit der grössten Arbeitslosigkeit ein unhaltbarer Zustand. Seit Anfang des vorigen Jahres seien im Ruhrbergbau rund 335 000 Bergarbeiter entlassen worden. Dieser Belegschaftsrückgang stehe nicht nur mit dem wirtschaftlichen Niedergang, sondern auch mit der fortgesetzten Leistungssteigerung in Zusammenhang. Deshalb könne nur eine Beseitigung der Mehrarbeit die dringend notwendige Linderung der Arbeitslosennot bringen. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau seien durch Arbeitszeitverkürzung 5000 Arbeiter wieder eingestellt worden.

Die Zechenvertreter lehnten eine Verkürzung der bergmännischen Schichtzeit grundsätzlich ab. Nur eine Herabsetzung der Produktionskosten und ein gesteigerter Wettbewerb auf den Auslandsmärkten könne die notwendige Erleichterung bringen. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen gegenüber dem Vertreter des Zechenverbandes nach, dass der Lohnanteil dauernd zurückgehe. Im Vergleich zum Vorjahre müsse das Sinken des Lohnanteils bereits eine starke Selbstkosten-erleichterung gebracht haben.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen begründeten die Unternehmer die von ihnen ausgesprochene Kündigung des Lohn tariffs mit der Notwendigkeit, einen Lohnabbau um 12 Prozent vorzunehmen. Ausserdem müssten sie, wie schon bei dem Lohnstreit im Juni, an einer Erweiterung der Randzechenklausel festhalten.

Angesichts der Haltung der Unternehmer verliefen die Verhandlungen völlig ergebnislos. Die Schlichtungsverhandlungen finden voraussichtlich am 21. oder 22. September statt.

SPD. Genf, 9. September (Eig. Drahtb.)

In der vollversammlung des völkerbundes stellte der japanische Vertreter Yoshizawa am Mittwoch fest, dass Japan das Londoner Flottenabkommen durchgeführt und von sich aus bereits die Landarmee von 21 auf 17 Divisionen oder 65 % der Vorkriegsstärke herabgesetzt habe. Da aber die japanische Armee nicht auf den europäischen Schlachtfeldern im Weltkriege aufgetreten sei, entsprächen ihr Kriegsmaterial und ihre Luftwaffen nicht den modernen Erfordernissen der Landesverteidigung. Auch müsse Japan seine exponierte Stellung im Osten berücksichtigen. Es sei daher gezwungen, Spezial- und Flugwaffen auf den nötigen Stand zu bringen. Die japanische Regierung werde der Einarbeitung des Kellogg-Paktes in den völkerbunds-Pakt entgegen früheren Bedenken nunmehr zustimmen, aber nur unter der Voraussetzung, dass das Recht auf legitime Verteidigung nicht beschränkt werde.

Guatemala hat aus Ersparnisgründen auf seine Mitgliedschaft im Rat verzichtet. An seine Stelle dürfte Mexiko in den Rat gewählt werden.

SPD. Paris, 9. September (Eig. Drahtb.)

Aus zuverlässiger Quelle erfährt der Pariser Korrespondent des "Soz. Pressedienst", dass Professor Schmidlin provisorisch in Freiheit gesetzt werden soll, bis er von neuem abgeurteilt wird. Ein Präzedenzfall für dieses Verfahren ist durch die Freilassung des Bankiers Pinck geschaffen worden, der ebenfalls wegen autonomistischer Umtriebe im Abwesenheitsverfahren verurteilt worden war und sich vor einigen Monaten den französischen Behörden freiwillig gestellt hatte.

SPD. London, 9. September (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus brachte die Regierung am Mittwoch ein Gesetz ein, das die Durchführung des Sparprogramms ohne Zeitverlust im Parlament ermöglichen soll. Danach können Einzelheiten der Spargesetze durch Kabinettsbeschluss Gesetzeskraft erhalten. Das bedeutet nicht, dass die Regierung jetzt mit Notverordnungen regieren will. Die grundlegenden Bestimmungen der geplanten Massnahmen werden nach wie vor im Parlament besprochen werden. Ausserdem hat das Gesetz nur Geltung für Sparmassnahmen, und nicht für neu zu erhebende Steuern.

Unter der Regierungsmehrheit befinden sich 12 Labour-Abgeordnete, darunter allein 7 Mitglieder der Regierung. Die Arbeiterpartei ist im Parlament unter der Führung Hendersons geschlossen geblieben. Neuerdings wird allgemein die Erwartung ausgesprochen, dass bereits in kurzer Zeit, etwa Ende Oktober oder im November, Neuwahlen nötig sein werden.

SPD. Mainz, 9. September (Eig. Drahtb.)

Der Bischof von Mainz hat für den kürzlich an einem Herzschlag verstorbenen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gmeinder das kirchliche Begräbnis verweigert. Der General-Vikar der Diözese in Mainz, Dr. Meyer begründet diese Anordnung des Bischofs in einer öffentlichen Erklärung wie folgt:

"Die deutschen Bischöfe haben übereinstimmend den Nationalsozialismus als Irrlehre verurteilt, weil er in seinem geschriebenen und ungeschriebenen Programm Sätze enthält, die der katholischen Lehre widersprechen. Es ist deshalb keinem Katholiken mehr erlaubt, der NSDAP als eingeschriebenes Mitglied anzugehören. Wer sich um dieses Verbot nicht kümmert und in die Partei tritt und sogar als Führer für sie wirkt, kann kein kirchliches Begräbnis erhalten, es sei denn, dass er vor seinem Tode irgendwie kundgibt, dass er seinen Ungehorsam bereut. Dieses Gesetz gilt für jeden Katholiken, mag er Fürst oder Bettler, reich oder arm, Abgeordneter oder einfacher Bürger sein. Da im vorliegenden Falle kein Grund vorlag, Milde walten zu lassen, musste nach der Strenge des Gesetzes verfahren werden."

Die Mainzer Nazioten haben die Anordnung des Mainzer Bischofs mit einer wilden Kirchengaustrittsbewegung beantwortet.

SPD. Lübeck, 9. September (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch nachmittag wurde in Lübeck in feierlicher Weise der diesjährige Deutsche Juristentag eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde der Vertreter der Anwaltschaft beim Reichsgericht, Geheimrat Dr. Wildhage aus Leipzig gewählt. Die Vertreter der Reichs- und Landesministerien sind aus Sparsamkeitsgründen nur in kleinerer Zahl delegiert worden.

Die Eröffnungssitzung war ausschliesslich mit Begrüssungsreden ausgefüllt. In seiner Schlussrede leistete sich der neue Vorsitzende schon seine

erste Entgleisung, indem er von der missglückten Zollunion sprach und der Hoffnung Ausdruck gab, dass Deutschlands Ohnmacht nicht ewig dauern würde. Dann würden "wir" an dem übermütigen Frankreich Rache nehmen. Eine Äusserung, die ebenso borniert wie dumm ist!!

SPD. Köln, 9. September (Eig. Drahtb.)

Ein Lokaltermin ergab, dass der am 9. August ermordete Kölner Stahlhelm-Geschäftsführer Heister von dem 19jährigen kommunistischen Arbeiter Nicksch erschossen worden ist. Nicksch hat bereits ein Geständnis abgelegt, sodass der bisher als Haupttäter angesehene Kommunist Dürwaldt stark entlastet ist. Er kommt jedoch weiterhin als Mittäter in Frage.

SPD. Paris, 9. September (Eig. Drahtb.)

Der Streit, der besonders in der deutschen Ärzteschaft um die Wirksamkeit des Friedmann'schen Tuberkulose-Heilmittels entbrannt ist, hat das Pariser Pasteur-Institut zu einer eingehenden Untersuchung über das neue Heilmittel veranlasst. Das Ergebnis der Untersuchung bedeutet eine völlige Verurteilung der Friedmann'schen Methode. In den Schlussfolgerungen des von dem Pasteur-Institut verfassten Berichts heisst es:

"Das Friedmann'sche Schildkröten-Serum übt keine immunisierende Wirkung gegen die Experimental-Tuberkulose des Meerschweinchens aus. Es besitzt keinerlei heilende Eigenschaften. Wir können aus allen Feststellungen schliessen, dass die Einimpfung einer einzigen oder mehrerer Dosen dieses Serums in keiner Weise den Menschen und Tiere gegen eine noch so schwache Infektion schützen, noch in günstigem Sinne den Gang einer in der Entwicklung befindlichen Tuberkulose beeinflussen können."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

„Aus aller Welt“

Der "Lohn" für Glade.

Ein merkwürdiger "Akt der Liberalität" - Gerichtliche Fortsetzung des Berliner Anwaltskandals in Duisburg und Hamburg.

SPD. Am Mittwoch vormittag sollte vor der Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin-Mitte in der Klagesache des sich von Stinnes und seinen Anwälten um den Lohn für Hilfeleistungen im Stinnes-Prozess geprellt fühlenden Assessors Glade ein Termin stattfinden. Bevor jedoch in die eigentliche Beweisaufnahme eingetreten wurde, erklärte das Gericht aus rechtlichen Gründen seine Unzuständigkeit und verwies die Klage an die entsprechenden Zivilkammern in Duisburg und Hamburg. Duisburg ist der für den beklagten Stinnes zuständige Gerichtsort, Hamburg der für den beklagten Stinnes-Anwalt Samwer. Die Höhe der eingeklagten Summe beläuft sich auf 17 000 Mark.

Der Vertreter des Klägers Dr. Frey, erklärte zu Beginn der Verhandlung, dass er kurz auf den Inhalt der Klage eingehen müsse, da die Gegenseite die gerichtliche Zuständigkeit Berlins bezweifle. Rechtsanwalt Samwer habe sich verpflichtet, "die Entschuldung Glades durchzuführen". Die betreffenden Geldbeträge sollten nicht an Glade direkt ausgehändigt, sondern an dessen Gläubiger abgeführt werden. Die Vermittlerrolle sollte Rechtsanwalt Wygodzinski-Berlin übernehmen. Schriftlich niedergelegt sei die Vereinbarung in einer am 25. Februar 1931 aufgenommenen Verpflichtungserklärung, folgenden Wortlauts: "Kollege Glade erklärt: Ich habe dem Kollegen Gollnick nicht gesagt, dass Samwer einem Schöffen Zuwendungen gemacht habe. Auch habe ich nicht gesagt, dass Samwer mit Direktor Arndt das erstinstanzliche Urteil besprochen habe. Ich habe Samwer erst nach Beendigung der ersten Instanz kennengelernt und gegen ihn und seine Klienten keinen Vorwurf erhoben. - Samwer erklärt: Zur Abgeltung der für Glades Tätigkeit in den ihm in Aussicht gestellten Prozessen und um seine Rückkehr in den Staatsdienst zu ermöglichen, übernehme ich seine Entschuldung in Höhe von 17 000 Mark; die von Dr. Gollnick gegebenen Darlehen bleiben dabei unberührt. Kollege Wygodzinski übernimmt die Befriedigung der Gläubiger. Auch erkläre ich mich sonst bereit, den Kollegen Glade zu unterstützen, um ihm die Rückkehr ins Beamtentum zu ermöglichen." Rechtsanwalt Frey fügte hinzu: "Es ist ganz klar; es handelt sich um Zahlungen von Stinnes an Samwer, die von Samwer im Auftrage von Stinnes weitergeleitet werden sollten, zum mindesten aber in einem Falle von 2 000 Mark nicht weitergeleitet wurden, bzw. von Rechtsanwalt Wygodzinski nicht an die drängenden Gläubiger ausgezahlt worden sind." Jedenfalls sei als Erfüllungsort das Berliner Büro des Rechtsanwalts Wygodzinski vereinbart worden.

Demgegenüber erklärte für die beiden Beklagten Rechtsanwalt Wygodzinski, dass das Landgericht I Berlin örtlich unzuständig sei. Die Darstellung von Rechtsanwalt Frey sei von A bis Z unrichtig. Er, Wygodzinski, sei nicht Beauftragter einer Partei gewesen sondern habe nur zwischen Samwer und Glade freundschaftlich vermittelt. Das Zahlungsversprechen Samwers sei nur ein "Akt der Liberalität", eine rechtlich bindende Verpflichtung liege für Samwer nicht vor. Es ginge nicht an, dass aus der Tatsache, dass dem Rechtsanwalt Glade Prozesse vom Stinnes-Konzern versprochen worden seien, Schadenersatzansprüche herzuleiten. Im übrigen seien Herrn Glade über 10 000 Mark gezahlt worden. Endlich müsse er noch feststellen, dass der von Rechtsanwalt Frey verlesene Zettel keine Verpflichtungserklärung, sondern eine Notiz zu den Handakten sei.

Rechtsanwalt Frey erwiderte darauf, dass Glade sich erst zum Prozess ent-

geschlossen habe, nachdem er gesehen hätte, dass ihn Wygodzinski bei seinen Gläubigern hängen liess. Im übrigen habe zu einem früheren Termin Rechtsanwalt Wygodzinski dem Glade selbst in Gegenwart des Landgerichtsdirektors Arndt geraten, gegen Samwer zu klagen. Es könne keine Rede davon sein, dass Samwer nur aus Liberalität gezahlt habe. Seinem Mandanten Glade sei das Geld versprochen worden, weil er für Stinnes tätig gewesen sei und wegen dieser Tätigkeit aus dem Staatsdienst ausgeschieden wäre.

Nach einem kurzen Schlusswort des Beklagten verkündete das Gericht seinen Abweisungsbeschluss, weil aufgrund früherer Reichsgerichtsentscheidungen der Wohnsitz des Schuldners für prozessuale Auseinandersetzungen zuständig sei, betonte aber ausdrücklich, dass es sich bei dem Abkommen zwischen Samwer und Glade nicht um einen Akt der Liberalität handle, sondern um eine Vereinbarung, aus der ein Rechtsanspruch abgeleitet werden kann!

+ + +

"Nautilus" in Spitzbergen. Das Wilkins'sche Polar-U-Boot "Nautilus" ist nach Beendigung seiner gefährvollen Nordpolfahrt in der Adventbucht (Spitzbergen) eingelaufen. Das U-Boot drang auf seiner Reise bis zum 83. nördlichen Breitengrad vor. Infolge des schweren Wetters brach der Mast ab. Der übrige Schaden ist nicht so gross, wie man aufgrund der von Bord eingetroffenen Funkmeldungen ursprünglich angenommen hat. Es sollen recht gute wissenschaftliche Beobachtungen gemacht worden sein.

+ + +

Verhafteter Nazi-Kaufmann. In Hamburg wurde unter dem Verdacht des illegalen Waffenhandels ein den Nationalsozialisten nahestehender Exporteur verhaftet. Dem "Verband Hamburger Exporteure" gehört der Verhaftete nicht an.

+ + +

Calistros Thielecke geisteskrank. Der im Juni d.J. vom Schwurgericht III des Landgerichts I in Berlin wegen Muttermordes zur gesetzlichen Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus verurteilte 25 jährige Schriftsteller Calistros Neuhaus-Thielecke ist in die Irrenabteilung des Untersuchungsgefängnisses Berlin-Moabit überführt worden. Während der Hauptverhandlung waren die Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen, dass sich bei dem Angeklagten zwar eine Geisteskrankheit wissenschaftlich vorerst nicht begründen liesse, dass aber mit dem Ausbruch einer Geisteskrankheit in absehbarer Zeit gerechnet werden müsse. Nunmehr sollen sich die Sinnestäuschungen und Zwangsvorstellungen Thieleckes, an denen er bereits in der Untersuchungshaft litt, derart gehäuft und verschlimmert haben, dass eine nochmalige intensive Beobachtung notwendig würde. Sollten die Aerzte bei Thielecke Geisteskrankheit feststellen, so würde dies zu einer Wiederaufnahme des Verfahrens führen. Unabhängig davon wird das Reichsgericht in einigen Wochen über die vom Angeklagten eingelegte Revision verhandeln.

+ + +

Hat Siegfried gelebt? Der mit der Erforschung der Grundlagen der Siegfriedsage beschäftigte Berliner Schriftsteller Oskar Kresse hat in Worms Feststellungen über die lokalen Möglichkeiten des Siegfriedgrabes getroffen. Kresse ist der Meinung, dass Siegfried und seine Schwiegermutter Urte auf einer ehemals in der Wechnitz gelegenen Insel begraben sein müssen. Die Wechnitz ist ein bei Worms in den Rhein mündendes Flüsschen. Auf der Insel, die sich früher kurz vor der Rheinmündung aus dem Wasser erhob, lag vor anderthalb Jahrtausenden das später auf einen Berg verlegte Kloster Lorch. Um Spuren der Gräber zu finden, werden nunmehr entsprechende Grabungen vorgenommen.

+ + +

Haftbefehl gegen Nazi-Redakteur. Am Mittwoch sollte sich vor dem Schöffe-
ngericht Berlin-Mitte der verantwortliche Redakteur des nationalsozialisti-
schen "Angriff" Krause wegen Beleidigung eines Polizeisekretärs verantworten.
Der Angeklagte war zu der Verhandlung nicht erschienen. Da die Verhandlung be-
reits zweimal aus dem gleichen Grunde vertagt werden musste, erliess das Gericht
gegen Krause Haftbefehl.

+ + +
Flugzeugabsturz. Am Mittwoch nachmittag 17,30 Uhr stürzte in der Nähe des
Flugplatzes Staaken bei Berlin eine Klemm-Sportmaschine "D 1964" der Deutschen
Luftfahrt G.m.b.H. infolge Tragflächenbruchs ab. Der Pilot, Rechtsanwalt Dr.
Reichauer aus Berlin-Zehlendorf, verunglückte tödlich.

+ + +
Ausgebrannter Eisenbahnwagen. In der Nähe von Fulda brannte ein Packwagen
im Personenzug Frankfurt=Leipzig vollständig aus. Der Waggon war mit Paketen
gefüllt.

+ + +
Ein findiger Schäferhund. Aus dem Tannendickicht eines Waldes bei Deiche-
roda (Thüringen) schleppte ein zum Pilzsuchen mitgenommener Schäferhund eines
Bauern ein Paket, das einen goldenen Becher, einen goldenen Teller und einen
goldenen Löffel enthielt. Die lateinische Becher=Inscription lautet übersetzt:
"Diesen Kelch hat Napoleon III. als Gefangener auf Wilhelmshöhe dem bekannten
Simon Weimer vom Oberrothof zum Geschenk gegeben. 1870".

+ + +
Explosion in der Feuerwerksfabrik. In einer Fabrik für Feuerwerkskörper
in Cholester (England) ereignete sich während der Nacht eine schwere Explo-
sion; in panikartiger Angst eilte die Bevölkerung der von gewaltigen Detona-
tionen durchhallten Stadt auf die Strasse. Ein Arbeiter wurde getötet, einer
lebensgefährlich verletzt. Der angerichtete Materialschaden ist beträchtlich.

+ + +
250 000 Mark unterschlagen? In Hagen (Westfalen) wurde gegen den früheren
Strassenbahndirektor Pforte ein Strafverfahren eingeleitet. Pforte wird be-
schuldigt dem Dispositionsfond der Strassenbahngesellschaft 250 000 Mark ohne
Belege entnommen zu haben.

+ + +
Versteigerung eines Theaters. Dass mit 270 000 Mark Hypotheken belastete
Breslauer Lobetheater soll demnächst versteigert werden. Infolge dauernden
Rückgangs der Einnahmen, konnten von dem Eigentümer, Theaterdirektor Dr. Loewe,
die Zinsen nicht mehr bezahlt werden. Die Breslauer Operettenbühne und das
Breslauer Schauspielhaus sind kürzlich unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

+ + +
Voruntersuchung gegen Dubral. Gegen den Berliner Kriminalkommissar Du-
bral ist vom Untersuchungsrichter beim Landgericht I in Berlin Voruntersuchung
wegen Meineids eröffnet worden. Wegen der Dubral zur Last gelegten Kreditbe-
trügereien, Heiratsschwindeleien und Amtsvergehen schweben noch Ermittlungen
bei der Staatsanwaltschafts.

+ + +
Strassenbahnkatastrophe: 75 Verletzte. In Windsor (Ontari, USA) stürzte ein
überfüllter Strassenbahnwagen um und geriet in Brand. Die 75 Insassen des Wa-
gens, die sämtlich zu einer Sportveranstaltung in der Nähe der Stadt fahren woll-
ten, wurden zum Teil schwer verletzt.

Skandal bei Blumensteins.

Aufsichtsräte flüchten.

SPD. Schon lange vor dem Nordwollskandal wusste man, dass sich der Blumensteinkonzern, einer der grössten Konzerne in der deutschen Textilindustrie, in ärgsten Schwierigkeiten befindet. Erlebte man doch eines guten Tages, dass die Blumensteins die Zinsen für ihre englische Anleihe nicht aufbringen konnten. Die Sache wurde damals mit Hilfe der Banken geregelt. Das war in jener Zeit, wo es den Banken noch recht gut ging und sie noch in den vollen Beutel fassen konnten. Jetzt ist es anders. Der Blumensteinkonzern hat erklären müssen, dass er seinen englischen Anleihegläubigern die fällige Oktoberrate schuldig bleiben muss. Es handelt sich bei dieser Anleihe um insgesamt 20 Millionen Mark. Man kann sich denken, wie diese Pleite nicht nur auf die englischen Banken, sondern auf die ganze ausländische Finanzwelt wirkt. Der Fall Blumenstein ist eine äusserst üble Angelegenheit.

Es war vorauszu sehen, dass es bei den Blumensteins einmal zu einem Krach kommen musste. Ihr Konzern war ein typisches Inflationsgebilde. Die Brüder Blumenstein spielten vor dem Kriege keine grosse Rolle. Während der Inflation haben sie aber äusserst vorteilhaft operiert. Sie haben so gut "operiert", dass sie an die bekannte Berliner Textilfirma Gebr. Simon heran konnten. Die Simons waren früher einmal eine exklusive Firma. Man erzählt, dass der frühere Kaiser zu den Simons als Gast kam, um ihre Gemäldegalerie zu besichtigen, in die sie ihre überflüssigen Millionen zu stecken pflegten. Die Blumensteins wurden mit den Simons fertig. Die "Interessennahme" der Blumensteins an der Firma Gebrüder Simon war für diese so verlustreich, dass sie schliesslich liquidieren musste. Die Blumensteins haben sich länger gehalten. Trotz ihres unorganisch zusammengesetzten Konzerns. Der Konzern war nicht nur in der Baumwolleindustrie, der Leinen-, der Hanf- und Juteindustrie zu Haus, sondern er hatte starke Beteiligungen an Mühlen und auch an Baugesellschaften erworben. Ausserdem gab es ganz selbstverständlich die berühmten und berühmtesten Beteiligungen an ausländischen Banken, zu 11, z.T. sehr guten Textilfabriken, zu den grössten Juteunternehmungen kamen Beteiligungen in der Zellstoff- und der Papierindustrie. Der Konzern ging von der Textilindustrie aus, aber er griff schliesslich auf Gebiete über, die mit der Textilindustrie auch nicht mehr das geringste zu tun haben. Wie zusammengewürfelt dieser Konzern ist, erkennt man am besten daran, dass 4 Holdingsunternehmen als Spitzengruppen notwendig waren. Sehr viel genannt wurden die Bank für Textilindustrie A.G. in Berlin und die Textilverwaltung A.G. Die eigentliche Dachgesellschaft des Unternehmens war die Josef und Alfred Blumenstein G.m.b.H. in Berlin.

Die unglaubliche Konstruktion des Konzerns scheint weder den deutschen noch den ausländischen Banken, die den Blumensteins ihr gutes Geld anvertrauten, aufgefallen zu sein. Dazu kamen andere Ungeheuerlichkeiten. So die Art und Weise, wie die oben erwähnte englische Anleihe in Höhe von 20 Millionen Mark aufgenommen wurde. Die Anleihe ging sehr wahrscheinlich zu 100 Prozent in den Konzern, die Haftung aber übernahmen gemeinschaftlich die besten Betriebe des Konzerns, rund 1 Dutzend, die von dem englischen Goldsegen kaum etwas zu spüren bekamen. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, dass die englischen Pfunde

zur Finanzierung der unhaltbaren Erweiterungspolitik der Blumensteins dienten. Diese Regelung hatte aber zur Folge, dass die Gläubiger, als die Blumensteins in Schwierigkeiten gerieten, nicht an die besten Betriebe des Konzerns heran konnten. Sie liessen sich eben nicht verkaufen, da sie gemeinschaftlich für die 20-Millionenanleihe haften mussten. Die Blumensteins hatten sich gesichert. Die Banken haben zu solchen Verträgen geschwiegen - und gepumpt. Jetzt allerdings sind die deutschen Grossbanken allerdings aufgewacht und sehen, was los ist.

Was sie bereits gesehen haben, muss wenig erfreulich sein. Die Herren Grossbankvertreter wussten sich nämlich keinen anderen Rat, als dass sie den Beschluss fassten, demonstrativ aus dem Aufsichtsrat auszutreten. Die Blumensteins machen Musik zu diesem Auszug, indem sie öffentlich gegen die Flucht der Banken protestieren und Regressansprüche gegen die flüchtenden Aufsichtsräte unter der Begründung anmelden, dass die Aufsichtsräte gut bezahlt werden und daher nicht das Recht haben, einfach wegzulaufen, wenn die Gesellschaft ihnen nicht mehr passt.

Wie dieser groteske Streit enden wird, ist nicht abzusehen. Sicher ist nur, dass die Banken in ihrer Aufsicht wieder einmal glänzend versagt haben. Schon vor zwei Jahren wurde eine Kapitalzusammenlegung bei den Blumensteins erforderlich. Man hat damals das Kapital von 15 auf 5 Millionen Mark reduziert und es gleichzeitig um 3 Millionen Mark erhöht. Der Kapitalschnitt ist aber erfolglos geblieben, da man nicht gleichzeitig eine Reorganisation des Konzerns vorgenommen hat. So musste das Geschäftsjahr 1930/31, also das Geschäftsjahr nach der Sanierung, wieder mit einem neuen Verlust von 3,6 Millionen Mark abschliessen. Bei diesen Verlusten spielt das alte Uebel in der deutschen Industrie mit. Man hat die Kapazität weit über den Verbrauch gesteigert. Das gilt besonders für die Jutefabriken. Schon 1929 war die Kapazität nur zur Hälfte ausgenutzt. Seitdem sind die Dinge noch schlimmer geworden. Aber der Aufsichtsrat, in dem führende Direktoren der Deutschen Bank, der Dresdner und die Commerz- und Privatbank vertreten sind, hat von alledem nichts gewusst. Jetzt, wo schon zu viel verloren ist, inszeniert man die Fluchtkomödie aus dem Aufsichtsrat.

Man könnte darüber lachen, wenn nicht Angestellte und Arbeiter von diesen Ereignissen hart betroffen würden. Schon hat die Viersener Spinnerei A.G. ihre Zahlungen einstellen müssen; ihr Reorganisationsplan wird scharfe Kürzungen der Angestellten- und Arbeitergehälter bringen. Wie schwierig die Situation ist, lässt sich daraus ersehen, dass die Belegschaft von sich aus ihr Einverständnis mit einem 15prozentigen Lohn- und Gehaltsabbau erklärt hat und über die Beschaffung von Rohstoffkrediten verhandelte. Selbstverständlich genügt ein solches Opfer nicht. Die Fehler sind in den vergangenen Jahren und von Leuten gemacht worden, die sich noch nicht zu einem 15prozentigen Opfer bereit erklärt haben.

Der Fall Blumenstein ist eine ernste Warnung, dass sich der Reichskanzler endlich mit der öffentlichen Kontrolle über die Wirtschaft beill.

SPD. Auf der Genossenschaftsversammlung der zusammengebrochenen Darmstädter Volksbank e.G.m.b.H., einer typischen Handwerker- und Mittelstandsbank, kamen Dinge über die Geschäftspolitik zur Sprache, die jeder Beschreibung spotten. So wurde festgestellt, dass die beiden Direktoren der Bank ihre Kosten mit 127 000 bzw. 66 000 Mark und der Bankkassierer sein Konto mit 35 000 Mark überzogen hatte. Die gesamten ausgeliehenen Bankgelder erreichen die enorme Summe von 8 Millionen Mark, von denen der grösste Teil ohne genügende Sicherheit gegeben ist. Ferner kam zur Sprache, dass ein den Satzungen strikt zuwiderlaufender Kredit von annähernd 400 000 Mark nur zu knapp einem Fünftel gedeckt ist. Das Geschäftsvermögen dieser Genossenschaftsbank in Höhe von 1,5 Mill. Mark muss gänzlich verloren gelten. Von den Forderungen der Bank sind 5 Mill. Mark als höchst zweifelhaft anzusehen. - Dass die Bankleitung es mit der restlosen

Klärung der Situation nicht sehr eilig hat, kennzeichnet die Tatsache, dass der Genossenschafterversammlung noch kein Status vorgelegt werden konnte, obwohl vom Tage der Zahlungseinstellung schon mehr als zwei Wochen vergangen sind.

Die Zustände bei der Darmstädter Volksbank erweisen aufs neue die Notwendigkeit einer verschärften Kontrolle bei den gewerblichen Genossenschaftsbanken.

SPD. Die Reichsbank hat sich in der ersten Septemberwoche, der ersten Woche ohne Restriktionen und mit verringertem Diskontsatz, durchaus normal entwickelt. Von den rund 297 Millionen Mark, um die der Reichsbankkredit vor Ende August vergrößert werden musste, sind 170,2 Millionen Mark zurückgeflossen. Damit senkt sich der von der Reichsbank gewährte Kredit auf 3279,8 Millionen Mark. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks gingen um 79,6 Millionen Mark auf 3021,4 Millionen Mark zurück. Der Lombardkredit verringerte sich um 56,2 Millionen Mark auf 151,4 Millionen Mark. Der über Reichsschatzwechsel gegebene Kredit konnte um 34,3 Millionen Mark auf 4,1 Millionen Mark verringert werden.

Der Notenumlauf wurde um 100,4 Millionen Mark auf 4702,5 Millionen Mark eingeschränkt. Bei den Devisenbeständen liegt eine starke Steigerung um 44,2 Millionen Mark auf 404 Millionen Mark vor. Die Goldbestände nahmen um 4,4 Millionen Mark auf 1370,5 Millionen Mark zu.

Damit hat die Reichsbank die Notendeckungsgrenze wieder erreicht. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen wird mit 41,3 Prozent angegeben gegenüber 39,3 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Das Reichsstatische Amt legt die Erntevorschätzung für Anfang September vor. Es handelt sich um die letzte Schätzung vor der endgültigen Erntetermineitlung. Schon jetzt kann man sagen, dass die Ernte den noch vor einiger Zeit gehegten Erwartungen nicht entspricht. Diese Tatsache fordert eine Revision der Schieleschen Getreidepolitik; denn sie ist auf falsche Voraussetzungen aufgebaut.

Nach den neuen Schätzungen des Statistischen Reichsamtes ergeben sich für Anfang September folgende Hektarerträge gegenüber den Schätzungen zu Anfang August: Winterroggen 16,1 Doppelzentner (16,4), Sommerroggen 12,7 dz (13,3), Winterweizen 19,7 dz (21), Sommerweizen 19,8 dz (20,7), Spelz 12,6 dz (13,2), Wintergerste 21,5 dz (22,2), Sommergerste 18,1 dz (19,1), Hafer 19 dz (19,6), Unter Zugrundelegung der Anbauflächen wäre hiernach mit folgenden Gesamterträgen zu rechnen: Winterroggen 6,9 Millionen Tonnen (endgültige Erntetermineitlung 1930 = 7,6 Millionen Tonnen), Sommerroggen 92 000 Tonnen (86 000 t.), Winterweizen 3,7 Millionen Tonnen (3,4 Mill. Tonnen), Sommerweizen 563 000 Tonnen (343 000 t.), Spelz 138 000 Tonnen (138 000 t.), Wintergerste 489 000 Tonnen (475 000 t.), Sommergerste 2,5 Millionen Tonnen (2,4 Mill. Tonnen), Hafer 6,4 Millionen Tonnen (5,7 Mill. Tonnen.)

Es ergibt sich beim Winterroggen gegenüber dem Vorjahr ein Ausfall von rund 700 000 Tonnen, beim Winter- und Sommerweizen dagegen eine Steigerung um 520 000 Tonnen. Allerdings muss die Beschaffenheit der Ernte noch berücksichtigt werden, die sehr wahrscheinlich üble Ueberraschungen bringen wird.

In diesem Zusammenhang interessiert, dass die Schielesche Getreidepolitik auf Voraussetzungen aufbaut, die durch die Ernte nicht bestätigt werden. Schiele hat mit einer Ernte von 7,2 Millionen Tonnen Roggen gerechnet. Hier ergibt sich ein Ausfall von 300 000 Tonnen. Beim Weizen ging der Reichsernährungsminister von einer Ernte von 4,5 Millionen Tonnen aus. Auch hier ergibt sich ein Ausfall von 300 000 Tonnen. In der Rechnung des Reichsernährungsministers

zur Finanzierung der unhaltbaren Erweiterungspolitik der Blumensteins dienten. Diese Regelung hatte aber zur Folge, dass die Gläubiger, als die Blumensteins in Schwierigkeiten gerieten, nicht an die besten Betriebe des Konzerns heran konnten. Sie liessen sich eben nicht verkaufen, da sie gemeinschaftlich für die 20-Millionenanleihe haften mussten. Die Blumensteins hatten sich gesichert. Die Banken haben zu solchen Verträgen geschwiegen - und gepumpt. Jetzt allerdings sind die deutschen Grossbanken allerdings aufgewacht und sehen, was los ist.

Was sie bereits gesehen haben, muss wenig erfreulich sein. Die Herren Grossbankvertreter wussten sich nämlich keinen anderen Rat, als dass sie den Beschluss fassten, demonstrativ aus dem Aufsichtsrat auszutreten. Die Blumensteins machen Musik zu diesem Auszug, indem sie öffentlich gegen die Flucht der Banken protestieren und Regressansprüche gegen die flüchtenden Aufsichtsräte unter der Begründung anmelden, dass die Aufsichtsräte gut bezahlt werden und daher nicht das Recht haben, einfach wegzulaufen, wenn die Gesellschaft ihnen nicht mehr passt.

Wie dieser groteske Streit enden wird, ist nicht abzusehen. Sicher ist nur, dass die Banken in ihrer Aufsicht wieder einmal glänzend versagt haben. Schon vor zwei Jahren wurde eine Kapitalzusammenlegung bei den Blumensteins erforderlich. Man hat damals das Kapital von 15 auf 5 Millionen Mark reduziert und es gleichzeitig um 3 Millionen Mark erhöht. Der Kapitalschnitt ist aber erfolglos geblieben, da man nicht gleichzeitig eine Reorganisation des Konzerns vorgenommen hat. So musste das Geschäftsjahr 1930/31, also das Geschäftsjahr nach der Sanierung, wieder mit einem neuen Verlust von 3,6 Millionen Mark abschliessen. Bei diesen Verlusten spielt das alte Übel in der deutschen Industrie mit. Man hat die Kapazität weit über den Verbrauch gesteigert. Das gilt besonders für die Jutefabriken. Schon 1929 war die Kapazität nur zur Hälfte ausgenutzt. Seitdem sind die Dinge noch schlimmer geworden. Aber der Aufsichtsrat, in dem führende Direktoren der Deutschen Bank, der Dresdner und die Commerz- und Privatbank vertreten sind, hat von alledem nichts gewusst. Jetzt, wo schon zu viel verloren ist, inszeniert man die Fluchtkomödie aus dem Aufsichtsrat.

Man könnte darüber lachen, wenn nicht Angestellte und Arbeiter von diesen Ereignissen hart betroffen würden. Schon hat die Viersener Spinnerei A.G. ihre Zahlungen einstellen müssen; ihr Reorganisationsplan wird scharfe Kürzungen der Angestellten- und Arbeitergehälter bringen. Wie schwierig die Situation ist, lässt sich daraus ersehen, dass die Belegschaft von sich aus ihr Einverständnis mit einem 15prozentigen Lohn- und Gehaltsabbau erklärt hat und über die Beschaffung von Rohstoffkrediten verhandelte. Selbstverständlich genügt ein solches Opfer nicht. Die Fehler sind in den vergangenen Jahren und von Leuten gemacht worden, die sich noch nicht zu einem 15prozentigen Opfer bereit erklärt haben.

Der Fall Blumenstein ist eine ernste Warnung, dass sich der Reichskanzler endlich mit der öffentlichen Kontrolle über die Wirtschaft beile.

SPD. Auf der Genossenschaftsversammlung der zusammengebrochenen Darmstädter Volksbank e.G.m.b.H., einer typischen Handwerker- und Mittelstandsbank, kamen Dinge über die Geschäftspolitik zur Sprache, die jeder Beschreibung spotteten. So wurde festgestellt, dass die beiden Direktoren der Bank ihre Kosten mit 127 000 bzw. 66 000 Mark und der Bankkassierer sein Konto mit 35 000 Mark überzogen hatte. Die gesamten ausgeliehenen Bankgelder erreichen die enorme Summe von 8 Millionen Mark, von denen der grösste Teil ohne genügende Sicherheit gegeben ist. Ferner kam zur Sprache, dass ein den Satzungen strikt zuwiderlaufender Kredit von annähernd 400 000 Mark nur zu knapp einem Fünftel gedeckt ist. Das Geschäftsvermögen dieser Genossenschaftsbank in Höhe von 1,5 Mill. Mark muss gänzlich verloren gelten. Von den Forderungen der Bank sind 5 Mill. Mark als höchst zweifelhaft anzusehen. - Dass die Bankleitung es mit der restlosen

Klärung der Situation nicht sehr eilig hat, kennzeichnet die Tatsache, dass der Genossenschafterversammlung noch kein Status vorgelegt werden konnte, obwohl vom Tage der Zahlungseinstellung schon mehr als zwei Wochen vergangen sind.

Die Zustände bei der Darmstädter Volksbank erweisen aufs neue die Notwendigkeit einer verschärften Kontrolle bei den gewerblichen Genossenschaftsbanken.

SPD. Die Reichsbank hat sich in der ersten Septemberwoche, der ersten Woche ohne Restriktionen und mit verringertem Diskontsatz, durchaus normal entwickelt. Von den rund 297 Millionen Mark, um die der Reichsbankkredit vor Ende August vergrößert werden musste, sind 170,2 Millionen Mark zurückgeflossen. Damit senkt sich der von der Reichsbank gewährte Kredit auf 3279,8 Millionen Mark. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks gingen um 79,6 Millionen Mark auf 3021,4 Millionen Mark zurück. Der Lombardkredit verringerte sich um 56,2 Millionen Mark auf 151,4 Millionen Mark. Der über Reichsschatzwechsel gegebene Kredit konnte um 34,3 Millionen Mark auf 4,1 Millionen Mark verringert werden.

Der Notenumlauf wurde um 100,4 Millionen Mark auf 4702,5 Millionen Mark eingeschränkt. Bei den Devisenbeständen liegt eine starke Steigerung um 44,2 Millionen Mark auf 404 Millionen Mark vor. Die Goldbestände nahmen um 4,4 Millionen Mark auf 1370,5 Millionen Mark zu.

Damit hat die Reichsbank die Notendeckungsgrenze wieder erreicht. Die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen wird mit 41,3 Prozent angegeben gegenüber 39,3 Prozent in der Vorwoche.

SPD. Das Reichsstatische Amt legt die Erntevorschätzung für Anfang September vor. Es handelt sich um die letzte Schätzung vor der endgültigen Ernteermittlung. Schon jetzt kann man sagen, dass die Ernte den noch vor einiger Zeit gehegten Erwartungen nicht entspricht. Diese Tatsache fordert eine Revision der Schieleschen Getreidepolitik; denn sie ist auf falsche Voraussetzungen aufgebaut.

Nach den neuen Schätzungen des Statistischen Reichsamtes ergeben sich für Anfang September folgende Hektarerträge gegenüber den Schätzungen zu Anfang August: Winterroggen 16,1 Doppelzentner (16,4), Sommerroggen 12,7 dz (13,3), Winterweizen 19,7 dz (21), Sommerweizen 19,8 dz (20,7), Spelz 12,6 dz (13,2), Wintergerste 21,5 dz (22,2), Sommergerste 18,1 dz (19,1), Hafer 19 dz (19,6), Untergründe 21,5 dz (22,2). Nach der Zugrundelegung der Anbauflächen wäre hiernach mit folgenden Gesamterträgen zu rechnen: Winterroggen 6,9 Millionen Tonnen (endgültige Ernteermittlung 1930 = 7,6 Millionen Tonnen), Sommerroggen 92 000 Tonnen (86 000 t.), Winterweizen 3,7 Millionen Tonnen (3,4 Mill. Tonnen), Sommerweizen 563 000 Tonnen (343 000 t.), Spelz 138 000 Tonnen (138 000 t.), Wintergerste 489 000 Tonnen (475 000 t.), Sommergerste 2,5 Millionen Tonnen (2,4 Mill. Tonnen), Hafer 6,4 Millionen Tonnen (5,7 Mill. Tonnen).

Es ergibt sich beim Winterroggen gegenüber dem Vorjahr ein Ausfall von rund 700 000 Tonnen, beim Winter- und Sommerweizen dagegen eine Steigerung um 520 000 Tonnen. Allerdings muss die Beschaffenheit der Ernte noch berücksichtigt werden, die sehr wahrscheinlich üble Ueberraschungen bringen wird.

In diesem Zusammenhang interessiert, dass die Schielesche Getreidepolitik auf Voraussetzungen aufbaut, die durch die Ernte nicht bestätigt werden. Schiele hat mit einer Ernte von 7,2 Millionen Tonnen Roggen gerechnet. Hier ergibt sich ein Ausfall von 300 000 Tonnen. Beim Weizen ging der Reichsernährungsminister von einer Ernte von 4,5 Millionen Tonnen aus. Auch hier ergibt sich ein Ausfall von 300 000 Tonnen. In der Rechnung des Reichsernährungsministers

fehlen nicht weniger als 600 000 Tonnen Brotgetreide. Das muss natürlich die ganze Rechnung erschüttern.

Es ist ratsam, sich schon jetzt mit den notwendigen Folgerungen zu beschäftigen. Einmal erscheint es uns ganz selbstverständlich, dass man alle Massnahmen trifft, damit Roggen nicht an das Vieh verfüttert wird. Geschieht das, so werden wir wahrscheinlich einer Ueberpreiskatastrophe entgegen treiben, die sich noch immer für beide Teile, Konsumenten und Produzenten, fürchterlich gerächt hat. Des anderen wird Herr Schiele einsehen, dass sein Vermahlungs-zwang in Höhe von 97 Prozent eine Illusion ist. Dieser Vermahlungszwang wird angesichts der mutmasslichen Ernte nicht durchgehalten werden können. Im übrigen wird die Frage der Zollsenkung besonders für Weizen dringlich, da der Ausfall der Ernte wohl oder übel durch vermehrte Einfuhr aus dem Auslande ausgeglichen werden muss.

Angebot steigt.

(Berliner Getreidebörse vom 9. September)

SPD. Das Angebot an promptem Weizen an der Berliner Produktenbörse hat sich am Mittwoch wieder vermehrt. Es befindet sich aber auch viel geringeres Material darunter. Da die Kauflust nicht rege war, ergaben sich wieder Preisabschwächungen um etwa 2 Mark. Roggen war gleichfalls stark angeboten und hatte laufendes Konsumgeschäft. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen die Eröffnungsnö- tierungen bei beiden Brotgetreidearten um 1 bis 1½ Mark niedriger. Jedoch konnte sich im Verlaufe der Börse eine kräftige Befestigung durchsetzen, Mehl in beiden Sorten hatte sehr kleines Bedarfsgeschäft bei eher nachgebenden Forde- rungen der Mühlen. Für Hafer war die Tendenz stetig.

	8. Sept.	9. Sept.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	214 - 216	212 - 214
Roggen	174 - 176	173 - 175
Futtergerste	152 - 161	152 - 160
Hafer	136 - 145	135 - 144
Weizenmehl	26,25 - 32,50	26,00 - 32,50
Roggenmehl	24,25 - 26,75	24,10 - 26,75
Weizenkleie	11,50 - 11,90	11,50 - 11,80
Roggenkleie	9,75 - 10,00	9,60 - 9,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 225½-227, Oktober 225½-227¼, Dezember 225½-227¼ Brief befestigt. Roggen September 186½ - 188 ruhig. Hafer September 146½-148½, Oktober 146-148½ und Geld, Dezember 149 und Geld, fest.

SPD. Wie die Dresdner Bank mitteilt, ist der frühere Direktor der Com- merz- und Privatbank, Götz, am Mittwoch in den Vorstand der Dresdner Bank ein- getreten. Von den früheren Vorstandsmitgliedern der Dresdner Bank scheiden Her- bert M. Gutmann, Mosler und Schmidt-Branden aus. Direktor Kleemann, der die Ge- nossenschaftsabteilung der Dresdner Bank leitet, wird Ende dieses Jahre aus- scheiden. Auf ihren Posten verbleiben die Vorstandsmitglieder Nathan und Frisöl

In der Mitteilung der Dresdner Bank wird schliesslich bemerkt, dass sich die ausscheidenden Vorstandsmitglieder auch nach der Niederlegung ihrer Aem- ter der Bank zur Verfügung stellen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✂

40 Jahre Brauereiarbeiterbewegung.

(Vom Lokalverein zur Gewerkschaft.)

SPD. Noch vor vier Jahrzehnten waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Brauindustrie völlig unregelt. Es gab lange Arbeitszeiten bei denkbar schlechtesten Entlohnung. Die Brauereigesellen mussten sich eine menschenunwürdige Behandlung gefallen lassen. So war z.B. das Verlassen des Betriebes während der beschränkten Freizeit vielfach von einer Genehmigung abhängig. Wer sich diesem Zwang nicht fügte, der flog auf die Strasse und bekam in sein Arbeitszeugnis ein Geheimzeichen hineingedrückt. So war er gebrandmarkt.

Aber schon Anfangs der achtziger Jahre entstanden an vielen Orten lokale Brauervereine, bis Ende 1884 von Berlin aus deren Zusammenfassung in einem Zentralverband propagiert wurde. Die Gründung dieses Verbandes erfolgte am 17. August 1885, als Allgemeiner Deutscher Brauerverband. Er war föderativ aufgebaut, hatte jedoch einheitliche Grundsätze für die Arbeitslosenunterstützung. In Kreisen der Brauergesellen war man naiv genug anzunehmen, dass schon die Gründung des Verbandes die Arbeitgeber zur Einführung günstigerer Arbeitsverhältnisse bestimmen würde. Die Arbeitgeber aber erklärten auf ihren Tagungen offen, dass eine Tagesarbeitszeit unter 18 Stunden nicht im Interesse der Arbeitgeber liege und verschärften den Terror. Durch die im Frühjahr 1889 in allen Berufen einsetzende Lohnbewegung wurden auch die Brauergesellen mitgerissen. Der am 10. Mai 1889 in Hamburg ausgebrochene Brauerstreik entfachte die Bewegung auf der ganzen Linie. Es wurden Forderungen aufgestellt, die teils durch Verhandlungen, z.T. durch Streiks erfolgreiche Erledigung fanden.

Nun gab es natürlich Arbeitgeber, die ihre Versprechungen nicht einhielten. Das benutzte der damalige Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine, ein gewisser Goldschmidt, um die Brauerbewegung ins Hirsch-Dunckersche Fahrwasser zu leiten. Goldschmidt versuchte, dem Verbandstag im Jahre 1890 einen Satzungsentwurf vorzulegen, wodurch sich jedes Mitglied verpflichtete, auf die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei zu verzichten. Dieser saubere Plan wurde durch Wiehle durchkreuzt. Unter seiner Führung wurde die Zeit bis zum nächsten Verbandstag im Jahre 1891 dazu benutzt, die vorwärtstrebenden Elemente unter den Brauergesellen zu sammeln und zu organisieren. Der so vorbereitete Verbandstag fand am 24. September 1891 in Hannover statt. Man hatte ihm den Charakter eines Brauerkongresses gegeben. Er brachte die Entscheidung über die straffe Zentralisierung des Verbandes und dessen Anschluss an die Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Deutschlands. Das bedeutete praktisch die Spaltung des alten Verbandes. Nur die Vereine Berlin, Hannover, Braunschweig und Kiel sowie der bis dahin ausserhalb des Verbandes stehende Fachverband der Brauer von Hamburg und Umgegend begannen unter Führung Wiehles den Kampf um geordnete Arbeitsverhältnisse. Der Verband zählte damals 550 Mitglieder und hatte keinen Pfennig Geld. Wiehle war in einer Person Vorsitzender, Kassierer und Redakteur.

Im gleichen Jahr bestand der Verband seine erste Feuerprobe in Nürnberg. Hier traten die Brauer, die inzwischen dem Verband beigetreten waren, kurz vor Weihnachten in den Streik. Wiehle zog sich damals seine erste Gefängnisstrafe zu. Dann ging es aufwärts. Schon um die Jahrhundertwende konnte der Verband die Arbeits- und Lohnbedingungen stark beeinflussen. Die damals abgeschlossenen Tarifverträge legen Zeugnis ab von dem Weitblick der Führer und

dem Einfluss der Organisation. Die Arbeit wurde lange Zeit erschwert durch den Streit um die Organisationsform. Schon 1910 schlossen sich dem Brauarbeiterverband die organisierten Mühlenarbeiter an. Bei Ausbruch des Weltkrieges waren durch die Arbeit des Verbandes für mehr als 80% der in Frage kommenden Arbeiter Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt.

Die Vorgänge im September 1891 bilden einen wichtigen Markstein in der Geschichte des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, eine wichtige Etappe im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und um eine höhere Kultur.

SPD. Im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg hat sich die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden um 1638 auf 620 759 erhöht. Davon entfallen auf Berlin 470 928, auf die Provinz Brandenburg 138 907 und auf die Grenzmark Posen-Westpreussen 10 880 Personen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der versicherungsmässigen Arbeitslosenunterstützung betrug 168 998, in der Krisenfürsorge 156 031, zusammen 325 029 Personen. Von den Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung entfielen auf Berlin 121 604, auf die Provinz Brandenburg 43 967, auf die Grenzmark Posen-Westpreussen 3 427. In der Krisenfürsorge betragen die entsprechenden Zahlen für Berlin 115 974, Brandenburg 36 235, Grenzmark Posen-Westpreussen 3822.

Zu der Entwicklung bemerkt das Arbeitsamt: Die Tendenz der allgemein zunehmenden Belastung bleibt ungeschwächt bestehen. Da jedoch in Berlin die weibliche Konfektion einen Abgang von 4359 Arbeitssuchenden zu verzeichnen hatte, erscheint diesmal die Gesamtzunahme verhältnismässig gering. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden liegt um 38 Prozent höher als am gleichen Tag des Vorjahres.

SPD. Dem Deutschen Landerbeiter-Verband liegen eine ganze Reihe neuer Anträge auf Lohnabbau vor. Den Vogel schießen die forstwirtschaftlichen Arbeitgeber-Schlesiens ab. Sie verlangen nicht mehr und nicht weniger, als dass der Stundenlohn der schlesischen Privatforstarbeiter um weitere 15 Prozent abgebaut wird. Ausserdem soll die Familienzulage von 17 Prozent in Fortfall kommen.

Die Verwirklichung der Forderungen hätte folgende Aenderungen zur Folge: Es erhielte ein verheirateter Forstarbeiter in der höchsten Lohnstufe 52 Pf. anstatt 69,9 Pf., ein verheirateter Forstarbeiter in der niedrigsten Lohnstufe 44,7 Pf. anstatt 59,6 Pf., ein lediger Forstarbeiter in der höchsten Lohnstufe 52 Pf. anstatt 61,3 Pf. und ein lediger Forstarbeiter in der niedrigsten Lohnstufe 44,7 Pf. anstatt 52 Pfg.

Auf die 48stündige Arbeitswoche umgerechnet ergibt sich folgende Lohnkürzung: Bei den verheirateten Forstarbeitern in der höchsten Lohnstufe insgesamt 8,45 Mark, bei den verheirateten Forstarbeitern in der niedrigsten Lohnstufe 7,15 Mark, bei den ledigen Forstarbeitern in der höchsten Lohnstufe 4,46 Mark und bei den ledigen Forstarbeitern in der niedrigsten Lohnstufe insgesamt 3,52 Mark pro Woche.

Begründet werden die ungeheuerlichen Lohnabbauforderungen mit den gefallenem Holzpreisen und den schlechten Holzabsatzverhältnissen.

Die Landerbeiterverbände lehnen die Forderungen selbstverständlich mit aller Entschiedenheit ab. Durch den Deutschen Landerbeiter-Verband wurde der Vorschlag gemacht, den jetzigen Lohn tarif zu mindest solange bestehen zu lassen, wie der jetzige Tarifvertrag für die preussischen Staatsforstarbeiter gilt. Dieser wohlgemeinte Vorschlag wurde von den Vertretern der forstwirtschaftlichen Arbeitgeber Schlesiens abgelehnt.

Der Reichsarbeitsminister hat wiederholt erklärt, dass er einen weiteren Lohnabbau für unerträglich hält. Wenn Worte einen Sinn haben sollen, dann ist es die Pflicht des Herrn Stegerwald, die Landarbeiterverbände bei ihrem Kampf gegen die neuen Lohnabbaupläne der forstwirtschaftlichen Arbeitgeber Schlesiens tatkräftigst zu unterstützen.

SPD. Der AfA-Bund hält seinen diesjährigen Kongress in der Zeit vom 5. bis 7. Oktober im Leipziger Volkshaus ab. Die Mitgliederzahl der AfA-Verbände hat sich trotz der Krise gegenüber dem Stand zur Zeit des letzten AfA-Gewerkschaftskongresses im Jahre 1928 von 411 766 auf 477 300 erhöht.

Gemäss der Tagesordnung werden die sozialpolitischen Einzelfragen in Verbindung mit dem Geschäftsbericht zur Erörterung kommen. Im Mittelpunkt des Kongresses wird die grundsätzliche Stellungnahme zu der durch die kapitalistische Misswirtschaft hervorgerufenen Krise und Arbeitsnot steht. Das einleitende Referat über "Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft" wird Dr. Rudolf Hilferding halten. Ueber die gewerkschaftspolitische Seite der Angestelltenbewegung und die Stellungnahme zum Faschismus ("Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung") spricht der AfA-Bundesvorsitzende S. Aufhäuser.

SPD. Ueber die drohenden Stilllegungen in der Waggonindustrie schreibt uns der AfA-Bund u. a.:

Die Stilllegung bedeutet für etwa 10 000 Arbeiter den Verlust ihrer Arbeitsstelle. Für die Angestellten der Waggonindustrie ist die Stilllegung schon deswegen eine Quelle unabsehbarer sozialer Schädigung, weil sie zum grossen Teil besonders Fachleute des Waggonbaues sind, die in einem anderen Berufe kaum Beschäftigung finden können. Eingehende Beratungen mit den Betriebsfunktionären des AfA-Bundes in der Waggonindustrie haben ergeben, dass die Schuld an der jetzigen Zuspitzung der Geschäftslage in gleichem Masse bei der Industrie selbst, wie bei ihrem wichtigsten Abnehmer, der Deutschen Reichswehr, liegt. Die Waggonbauunternehmungen haben in vergangenen Jahren eine Expansionspolitik getrieben, die zu teuren Quotenkäufen und übermässiger finanzieller Belastung führte. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft, die die Waggonindustrie zu 85% beschäftigt, versäumte, ihre Aufträge auf die aufeinanderfolgenden Jahre gleichmässig zu verteilen. Nach grossen Bestellungen im Jahre 1929 wurden die Aufträge 1930 und 1931 plötzlich gedrosselt und sollen jetzt vollständig ausfallen. In den in Berlin abgehaltenen Konferenzen mit den Betriebsfunktionären wurden sorgfältig unterbaute Vorschläge zur Behebung der Schwierigkeiten in der Waggonindustrie ausgearbeitet und unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer in einer eingehend begründeten Denkschrift vom AfA-Bund dem Reichsverkehrsminister überreicht.

SPD. Die zu einem Gau zusammengefassten Bezirke Brandenburg, Grenzmark, Mecklenburg und Vorpommern des Zentralverbandes der Angestellten können trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise einen Mitgliederzuwachs von 40 Prozent verzeichnen. Seit der vor drei Jahren erfolgten Gründung dieses Gaus ist die Mitgliederziffer von 32 360 auf 45 341 gestiegen. Auch im Jahre 1931 hat dieses Ansteigen der Mitgliederziffer angehalten. Damit ist der Zentralverband der Angestellten in diesem Bezirk Nordostdeutschland zur stärksten Angestelltenorganisation herangewachsen. Die gegnerischen Verbände, z. B. der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband und der Gewerkschaftsbund der Angestellten

ten, haben ihre nordostdeutschen Domänen verloren. Nachdem bisher schon in Cottbus, Frankfurt, Brandenburg und Rostock Geschäftsstellen des Z.d.A. bestanden haben, ist vor einiger Zeit eine neue in Rathenow hinzugekommen. Demnächst werden Guben, Luckenwalde und Fürstenwalde eigene Geschäftsstellen erhalten.

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich am Mittwoch mit den Plänen der Regierungen, die Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten durch Kürzungsmassnahmen bei den Beamtenbezügen zu decken. Das Reich habe durch die Notverordnung vom 24. August die Handhabe für eine völlig willkürliche, geltende Rechte und Gesetze missachtende Besoldungspolitik gegenüber den Länder- und Gemeindebeamten geschaffen.

In Durchführung dieser Verordnung seien, so betonte der Bundesausschuss, ausserordentlich umfangreiche Abbaumassnahmen geplant. Man wolle die Bezüge der Pensionäre und Hinterbliebenen einer neuen starken und unsozial gestalteten Kürzung unterwerfen, den aktiven Beamten durch Verlängerung der Auf-rückungsfristen einen Teil ihrer gesetzlich zustehenden Bezüge vorenthalten, die Bezüge der Diätäre und Anwärter weiter verschlechtern, die planmässige Anstellung stark hinaus schieben und durch Einstellungs- und Beförderungssperre, durch Stellenwegfall, Streichung und Kürzung von Funktionszulagen, durch Herabstufung, insbesondere bei den Gemeindebeamten, allgemeine Verschlechterungen der wirtschaftlichen Lage dieser Beamten herbeiführen. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund protestiere gegen diese Absichten, die die Rechtsgrundlagen des Beamtenverhältnisses völlig umstossen würden. Mit derartigen Massnahmen verliessen Reich, Länder und Gemeinden den Boden der ihnen gegenüber der Beamtenschaft obliegenden Fürsorgepflichten.

SPD. Die Gute-Hoffnungs-Hütte gibt bekannt, dass sie sich wegen Arbeitsmangel gezwungen sieht, abermals Arbeiterentlassungen vorzunehmen. So sollen bis zum 21. September in zwei Walzwerken 440 Arbeiter entlassen werden; die Zahl der abzubauenen Angestellten steht im Augenblick noch nicht fest.

SPD. Die sowjetrussischen Bestellungen in Deutschland werden für den Monat Juli mit 167,5 Millionen Mark angegeben. Davon entfallen rund 130 Millionen Mark auf Bestellungen der Kommission des obersten Volkswirtschaftsrates. Die Bestellungen im Juli 1930 beliefen sich dagegen nur auf 44 Millionen Mark. Durch die Julibestellungen erhöht sich der Betrag der bisher im Jahre 1931 erteilten Bestellungen auf 635,3 Millionen Mark.

SPD. Die englischen Eisenbahngesellschaften haben im Jahre 1930/31 einen beträchtlichen Personalabbau vorgenommen. Die Gesamtzahl der Bediensteten betrug im März 1930 = 656 530; bis März 1931 war diese Zahl auf 615 592 zurückgegangen. - Von diesem Abbau sind alle Personalgruppen getroffen worden. Am stärksten tritt er beim Lokomotivpersonal sowie beim Werkstättenpersonal und den Handwerkern in Erscheinung. Die Zahl der Lokomotiv- und Motorwagenführer ging zurück von 36 989 auf 34 719, diejenige der Heizer und Reservemotorwagenführer von 34 792 auf 32 486. Das Werkstättenpersonal und die Handwerker (Aufsichtsbedienstete, ungelernete Arbeiter und Wächter ausgenommen) wurden von 110 385 Köpfen im Jahre 1930 auf 95 586 im Jahre 1931 abgebaut.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Stettin, den 9. September 1931.

Abenteuer beim Friseur.^x

SPD. Ich war eingeladen; ich sollte einen berühmten Mann kennen lernen, der etwas für mich tun wollte, und es war schon verdammt spät. Ich war noch nicht rasiert und weit von zu Hause fort. Ausserdem gehöre ich zu den Menschen die ein fruchtbares Gesicht haben. Darauf wächst und spriesst es wie im Nil-delta. Ich musste mich schnell rasieren lassen; ich würde dem Manne sagen, es wäre eilig und, bitte, scharf ausrasieren! Dann würde es warmes Abendbrot geben, vielleicht sogar drei Gänge, und sicher auch etwas Gutes zu trinken. Mein schöne Seele wiegte sich in schönen Gedanken. Ich hatte die Welt lieb. Hüpfend betrat ich den Friseurladen. In den Stühlen lagen zwei eingeseifte Männer, und die Messer kratzten über die Bärte.

"Einen kleinen Augenblick, mein Herr," sagte der Chef. Er war ein Mann mit einem kleinen, wohlgepflegten Spitzbart, und seine Wangen waren von dem zarten Rosa schöner Abendlandschaften. "Sie werden sofort bedient."

"Ich habe es eilig," sagte ich und blinzelte den Mann vertraulich an. "Ich bin nämlich eingeladen," fuhr ich fort.

"Scharf nachwaschen? Etwas Puder? - Bitte sehr. - So, eingeladen? Herrliches Wetter, nicht? Der nächste Herr, bitte!"

Ich war noch nicht an der Reihe. Ich blätterte in der Illustrierten: Südsee, Alpen, Tibet, Büstenhalter, schön durch Elida. Im Radio sprach ein gut-pensionierter Feldmarschall über Kulturzerfall. Er hatte einen entzückenden Zungenfehler. "Darum müssen wir Verantwortungsbewusstsein und grundsätzlich liesse sich dazu bemerken" Einfach nicht hinhören, sagte ich mir und lächelte mich im Spiegel an. Aber dann wurde ich doch wütend. Ich hatte das Gefühl, als ob der Feldmarschall im Radio ausschliesslich zu mir spräche. Er schien zu wissen, dass er sich in Sicherheit befand und ich nicht einfach aufspringen konnte, um ihm ein paar herunterzuhauen. Er sprach in gewählten Worten.

"Ruhe!" schrie ich. Der Lehrling fing an zu zittern und schnitt sein Opfer ins Kinn. Der Chef schaute mich besänftigend an. "Ich kenne den Mann," sagte er. "Er ist ein guter Kunde von mir. Kommt jeden Morgen um halb neun. Ein kluger und gebildeter Mensch mit vielen Orden. Seine Vorträge im Radio höre ich mir schon aus geschäftlichen Prinzipien an."

Dagegen war nichts zu machen - und ich musste unbedingt rasiert werden. Ich blieb sitzen und zeigte ein gleichgültiges Gesicht. Man muss nicht so empfindlich sein, mehr Mann sein, noch dazu mit dem Bartwuchs. Endlich war ich an der Reihe. Der Feldmarschall hatte sich ausgetobt. Ich war der letzte Kunde und wurde vom Chef persönlich bedient. Mit geschickten Fingern schlug er Schau und seifte mich ein. Ich schloss die Augen. Es war sehr angenehm.

"Eine rege Gegend," sagte der Chef. "Wohnen Sie hier in der Nähe?"

"Nein!" Ich hatte gar keine Lust, mich zu unterhalten.

"Was halten Sie von der politischen Lage? Die Meinungen sind so verschieden."

Er hatte eine ruhige, gleichmässige Stimme und sprach ohne Kraftaufwand. "Ich verstehe," fuhr er fort, "Sie wollen sich nicht dazu äussern. Sie sind vorsichtig. Ich als Geschäftsmann muss ja mit meiner Meinung auch zurückhaltend sein. Aber ich höre es gern, wenn mich jemand belehrt."

Ich schluckte den Klumpen in meinem Halse hinunter. Der wird schon aufhören, wenn er keine Antwort bekommt! Er wird sich beleidigt fühlen, mich im stillen ein Rindvieh nennen, aber jedenfalls das Maul halten.

"Ja, ja, die ganze Politik! Ekelhaft. Da sind Natur und Kunst doch ganz andere Dinge. Oder die Wissenschaft. Was halten Sie eigentlich von der Bluttransfusion?"

"Scharf ausrasieren," sagte ich.

"Jawohl, mein Herr. Und nun ist Einstein wieder mal Ehrendoktor geworden. Alles ist relativ. So ein einfacher Satz. Sie sind doch sicher auch ein geistiger Mensch. Und wenn man neute höhere Interessen hat, da ist es schlimm für einen. Ich bin ja nun glücklich, seit ich meine Kakteenzucht nabe. Uebrigens soll's bald wieder Krieg geben. Und wie mies die Geschäfte sind!"

Der Lehrling fegte den Laden sauber. Es war kurz vor Feierabend, und ich hatte es eilig. Der Chef seifte mich noch einmal umständlich ein und redete ununterbrochen weiter. Ich fuhr auf seinen Worten wie auf einem Karussell. Immer im Kreise herum. Mir brummte der Kopf.

"Für diese Geschichte leg' ich die Hand ins Feuer. Sie ist tatsächlich passiert. Ich war mal bei einem Meister, der war Sadist und sonst ein so netter Mensch. Er rasierte einen Kunden, und da kriegte er den Koller und schnitt ihm die Kehle durch. Sie, das war ein Anblick! Bis auf die Knochen. Und das Blut."

Mit dem Seifenschaum ums Kinn stürzte ich auf die Strasse. Bloss fort von diesem rasierenden Grammophon! Die Leute kreischten und liefen vor mir davon. Das Ueberfallkommando kam. Ich wurde gepackt, und sie schleppten mich in den Laden zurück. "Harmlos, aber verrückt," sagte der Offizier. Der Friseur lächelte. "Sie haben ein empfindsames Gemüt. Das macht das moderne Leben. Die vielen Autos, die Zeitungen, die schlechten Geschäfte. Gehen Sie mal zum Psychoanalytiker! Bitte, beehren Sie mich wieder!" S.Pepper.

Wenn der Weizen ruft....^x

SPD. John Macintosh griff in die Gesässtasche seiner ausgefransten Khakihose, um erneut die Existenz seiner zehn Dollar restzustellen. Oh, man konnte nicht wissen, was sich in dieser verflucht bösen Zeit alles in den verräucherten pool rooms herumdrückte. Nur aus Vorsicht nahm er den fettigen, verschwitzten Schein und steckte ihn in den leinenen Beutel auf seiner Brust, in dem auch die Einwanderungspapiere lagen.

Vor drei Monaten war John aus der grossen Stadt am Stillen Ozean in dieses Tal der Rocky Mountains gekommen. Und das war ein Winter gewesen vorher, wie er noch keinen in Kanada erlebt hatte. Hunderte umlagerten Tag für Tag die Arbeitsvermittlungsstellen, doch immer wieder starrte sie das gleiche Schild an der Tür an: "No workers wanted" (Es werden keine Arbeiter gebraucht). Und dann begann die Jagd nach dem täglichen Brot und um eine schmutzige Schlafstelle in den Höhlen der Seemannshäuser und Logierkneipen. Stundenlanges Anstehen an der städtischen soup line um eine Tasse schwarzer Brühe, die sich Kaffee nannte, und ein Stück trocken Brot. Dann schnell zur Heilsarmee, wo es nach vielem Beten und Singen eine dünne Suppe gab, mit dem Hinweis, dass Gott keinen Menschen verhungern lasse.

Damals war die Erregung hochgegangen. Die Bürger hatten eine Miliz gegründet, um Unruhen zu unterdrücken. Aber immer wieder bildeten sich Gruppen arbeitsloser Männer, die auf der Strasse die Passanten anhielten und sie nicht eher durchliessen, bis sie ein paar Cents herausrückten, mit denen man sich wenigstens für die Nacht ein Dach über dem Kopfe meten konnte. Und wenn eine Frau beim Betteln an der Türe eine kleine Hausarbeit zuvergeben hatte, für die es einen halben Dollar gab, so rechnete man das schon für einen Glücksfall, von dem man eine halbe Woche leben konnte.

Solche Zeiten wollte John nicht noch einmal erleben. Deshalb hatte er sich im Frühjahr auf einen Frachtzug geschwungen und war in diese Farmgegend gefahren. Wenn auch in der Stadt die Fabriken still lagen, das konnte er verstehen; es waren eben keine Käufer da. Aber draussen auf dem Lande musste es doch noch Arbeit geben. Aber auch hier hatte er es nicht viel besser getroffen. Immerhin hatte ihm ein mitleidiger Farmer erlaubt, in seiner Bretterbude auf der Plantage zu schlafen, und ab und zu gab es auch mal einen Tag Gelegenheitsarbeit. Mit eiserner Energie hatte John diesso spärlich verdienten Cents zusammengespart, und weil er fast nur von den Früchten lebte, die ihm die Farmer schenkten, hatte er jetzt endlich 12½ Dollar beisammen. Ein Kapital für einen amerikanischen Arbeiter, der "broke" ist.

Dieses Ereignis zu feiern, war John heute in den Saloon des dicken Griechen gegangen. Er hatte vorher eine umfangreiche Mahlzeit zu sich genommen und sie nun mit ein paar Gläsern Bier hinuntergespült, weil er fürchtete, sein Magen würde sonst diese ungewohnte Kost nicht vertragen. Zugleich aber wollte er bei den durchkommenden Tramps und Wanderarbeitern etwas über die Aussichten in der Prairie hören. Tatsächlich war die Lage in den Weizenprovinzen fast der einzige Gesprächsstoff der anwesenden zerlumpte und nicht gerade vertrauenswürdig aussehenden Gesellen.

Da kramte ein neu eingetretener Jumper, der gerade von dem nach Westen gehenden Eilgüterzuge gekommen war, um sich am Pazifischen Ozean anheuern zu lassen, eine Zeitung aus und sagte: "Well, boys, für ein Nachtlager bringe ich euch die neusten Nachrichten aus der Prairie!" Durch eine Sammlung war schnell ein halber Dollar eingebracht, und nun hörten die Arbeiter die Mitteilung, von der ihr Leben für den nächsten langen Winter abhing. Es stand günstig für sie. Wegen der schlechten Wetteraussichten sollten die schätzungsweise notwendigen Hilfskräfte - 6000 Mann - sämtlich aus den Westprovinzen geholt werden, während der weite Osten leer ausging. "Das ist ein Glück, was?" beglückwünschten sie sich gegenseitig, ohne an die vielen Tausende zu denken, die ebenso hungrig auf der anderen Seite sassen.

Am nächsten Morgen begann der Ansturm auf das Arbeitsbüro, um einen Berechtigungsschein für eine Harvester (Erntearbeiter)-Farkarte zu bekommen. Tatsächlich wurde ein Teil sofort abgefertigt, die sich gleich über den See nach der Hauptlinie der Kontinentalbahn begeben sollten, um dort den ersten Harvester-Train abzuwarten. Unter ihnen war auch John Macintosh, der die ganze Nacht vor der Tür verbracht hatte, um ja der Erste zu sein. In Kamloops musste sie noch zwei Tage auf dem Bahnhof warten, bis der Sonderzug ankam. Die langen Kolonistenwagen waren schon überfüllt. Selbst auf den Dächern sassen einige, die diese Art des Reisens jedem bequemen Sitz vorzogen. Aber von Bequemlichkeit war hier bei der Massenabfertigung, an der die Eisenbahngesellschaft wegen der Ermässigung des Fahrpreises wenig verdiente, überhaupt keine Rede. Die einzigen freien Plätze waren noch auf den Gepäckbrettern.

Von der Schönheit dieser Strecke der Canadian National Railway quer durch die Rocky Mountains sahen die Insassen des Zuges nur wenig. Ihnen steckten die bevorstehende Arbeit und der lockende Verdienst in den Knochen. Nur einmal als der Mount Robson seinen über 4000 Meter hohen Eisgipfel zeigte, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit nach aussen. Sonst war allen der Betrieb in den langen Gängen des Wagens viel interessanter. Da wurden unheimliche Abenteuerergeschichten erzählt, Erfahrungen ausgetauscht und Wetten abgeschlossen. So kam auch unser John Macintosh mit einem Amerikaner aus den Vereinigten Staaten, dem das Trampleben aus den Augen blitzte, in einen Streit über die Frage, bei welcher Geschwindigkeit man noch vom Zuge herunterspringen konnte. Schliesslich sollten sie beide in übermütiger Weise ihre Fähigkeiten an den Stationen praktisch vorführen. Keiner wollte dem Anderen eine Blöße geben, und so sprangen sie schon bei immer grösser werdenden Fahrgeschwindigkeiten ab. Die Schaffner schüttelten die Köpfe und warnten sie, aber weiter kümmerten sie sich nicht um das Treiben der Kerle, denn sie waren ja für deren Leben

nicht verantwortlich. Die Menge der aus den Fenstern Zuschauenden aber gröhlte bei jeder neuen Leistung. Bald bluteten sie beide von den Wunden, die sie sich beim Stürzen zugezogen hatten. Doch als sich John schliesslich in verbissenem Trotze sogar den Arm auskugelte, wurden die Unnachgiebigen mit Zwang zurückgehalten. "Ihr wollt doch nicht schon hier draufgehen, sondern noch Eure Dollars bei den Farmern holen und hinterher bei den Weibern in der Stadt ein paar lustige Wochen verleben. Später könnt Ihr ruhig irgendwo in einem Asyl der Stadt abkratzen", meinte grinsend ein alter Graubart, und sie mussten sich zur Einigung die Hände schütteln.

Dann kam plötzlich die Ebene. Erst Weiden und grosse Viehranches und schliesslich die unübersehbaren Felder der Prairie mit ihren verstreuten Farmhäusern. Immer kleiner wurde die Zahl der Uebrigbleibenden. Je nach der Angabe des Ortes auf den Scheinen des Arbeitsamtes zerstreuten sich die Arbeiter ungekannt, wie sie gekommen waren.

Der Weizen wartet auf sie. Ueber Nacht können Schneestürme kommen, und dann ist die Ernte verloren. So wird bei unmenschlicher Arbeit in kurzer Zeit wohl relativ viel verdient, aber dahinter lauert ein langer, arbeitsloser Winter mit neuem Hunger und Elend.

Karl Moeller.

Reichtümer auf dem Meeresgrunde.^x

SPD. Die Nachricht, dass es den Tauchern des italienischen Bergungsschiffes "Artiglio II" gelungen sei, den Schiffstresor der "Egypt" zu sprengen die vor neun Jahren im Nebel der bretagnischen Küste, von einem Lastschiff gerammt, mit angeblich einer Million englischen Pfunden in Gold und Silber an Bord, gesunken ist, ruft die Erinnerung an die zahlreichen vergeblichen Versuche, den Meerestiefen versunkene Schätze zu entreissen, wach.

Durch mehr als drei Jahrhunderte hielt das Kriegsschiff der spanischen Armada "Almirante de Florencia", das im Jahre 1588 in der Tobermory-Bai an der Küste Schottlands gescheitert war, das Interesse der Schatzsucher der Tiefe wach, da man annahm, dass es mit dem Kriegsschatz der stolzen Flotte Spaniens gesunken sei. Auch zwei Frauen beteiligten sich vor wenigen Jahren an der Schatzsuche, und ein Abgeordneter des englischen Unterhauses hat einmal erklärt, er wolle seine Osterferien damit verbringen, der Reichtümer des "Almirante de Florencia" habhaft zu werden.

Unweit der Küste der Bretagne wurde im Jahre 1917 die "Elizabethville" von einem deutschen U-Boote torpediert. 10 000 ungeschliffene Diamanten, die gesamte Jahresausbeute des belgischen Konto - so sagte man -, befänden sich in einem Safe im Schiffskörper. Die belgische Regierung finanzierte die Bergungsarbeiten. Ein Jahr wurde mit dem Absuchen des Meeresgrundes zugebracht. Jubel herrschte, als man das Wrack endlich auffand, und noch grösserer, als es nach übermenschlichen Anstrengungen gelang, das Safe an die Oberfläche zu bringen. Es wurde an die Küste gebracht und in Gegenwart von Vertretern des belgischen Staatsschatzes feierlich eröffnet. Es enthielt - etwa 300 belgische Franken in Banknoten und vier englische Sovereigns in Gold.

Noch harrt das Wrack der "Lutina", die im Jahre 1799 mit Mann und Maus unangeblich Goldbarren im Werte von 30 Millionen Mark vor der holländischen Küste unterging, des erfolgreichen Schätzesuchers. Immer wieder hat man versucht, ihre sagenhaften Reichtümer der Tiefe zu entreissen. Der einzige Erfolg war - vor mehr als 70 Jahren - einem niederländischen Kapitän beschieden, dem es gelang, - die Schiffsglocke an die Oberfläche zu bringen. Er machte sie Lloyd in London zum Geschenk, und jedesmal, wenn dort die Nachricht von einer Schiffskatastrophe eintrifft oder ein Schiff als lange überfällig aufgegeben wird, ertönt unheilverkündend das Läuten der Schiffsglocke der "Lutina".

Den verlockendsten Schatz birgt zweifellos der White Star-Dampfer

"Laurentic", der 1917 an der Nordküste Irlands torpediert wurde - mit 300 Menschen, die den Ertrinkungstod fanden. Die "Laurentic" hatte etwa 7 Millionen englische Pfund an Bord, und trotz mehr als fünf Jahre währendender Bergungsversuche konnte nur ein kleiner Teil dieses gewaltigen Vermögens geborgen werden.

Kein Taucher dagegen ist noch bis zu den gewaltigen Wracks der "Arabic" und der "Lusitania", deren Torpedierung durch deutsche U-Boote den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg entscheidend mitbestimmte, vorgedrungen. Beide Schiffe hatten sehr grosse Beträge in Gold und Silber an Bord; aber allzu tief sind die Wellengräber der beiden Dampfer, als dass Bergungsversuche heute Aussicht auf Erfolg hätten. Wohl sind die amerikanischen Forscher William Beebe und Otis Barton bei den Bermudas-Inseln in eine Meerestiefe von 442 Metern, tiefer als je ein Mensch zuvor, hinabgestiegen. Aber ihr Unternehmen diente der Wissenschaft und nicht der Schatzsuche. Gewaltige Glasplatten gestatteten ihnen wohl einen ungehinderten Ausblick, aber nicht die Berührung irgendeines Gegenstandes der Meerestiefe. Hätten sich die Beiden auch unvermutet einem Goldschatz wie dem der Bank von England gegenüber gesehen, sie wären doch nicht imstande gewesen, auch nur eines Pfennigs Wert an die Oberfläche zu bringen. Die Technik muss erst eine Taucharbeit schaffen, der die Erreichung grosser Meerestiefen und Tiefenarbeit zugleich ermöglicht, damit sie dem Meeresgrunde seine Schätze entreissen kann. L.K.

Herbstflockenblumen.^x

SPD. Die getreueste Pflanze der Herbstwiese ist die hellrote Flockenblume. Wenn alle Maienschönheit verblüht ist, wenn die wenigen stolzen Blumen des Sommers, die weissen und roten Lichtnelken, die Margueriten, der purpurne Wiesenknopf, die goldgleissenden Hahnenfüsse Hochzeit gehalten haben und nach dem Abblühen der Gräser die Wiese sich in einförmiges Grün kleidet, dann bringen die Flockenblumen neue Farbe in den grünen Grund. Bis tief in den Herbst hinein blühen sie immer wieder, sind also viel treuer als ihre Vettern, die blauen Kornblumen, denen der Mensch das Leben verkürzt.

Betrachtet man die Blüte einer Flocken- oder auch Kornblume näher, so erkennt man bald, dass das gar nicht eine Blüte ist, sondern ein kleiner zusammengewachsener Strauss zahlreicher Blüten, von der wissenschaftlichen Botanik poetisch als ein Körbchen voll Blumen bezeichnet. Wenn man aber das Forschen fortsetzt und sich nun auch in den Bau der einzelnen Blüte vertieft, dann bemerkt man wieder ein Neues, bislang Unbekanntes: Die Staubbeutel dieser Blüte sind miteinander verwachsen. Die Fäden, an denen sie sitzen, sind zwar noch frei, aber ihre Bekrönung ist in den Seiten miteinander zu einer Röhre verwachsen, in der ein weisser Faden, der Griffel, steckt. Die Staubfäden sind mit feinsten Härchen besetzt. Berührt man eines davon, so kommt auch hier Leben und Beweglichkeit in die starre Pflanze. Sie hat die Berührung empfunden, denn die Staubfäden bewegen sich nun so, dass der Pollen auf den Staubbeuteln herausgepresst wird.

Es war der Wissenschaft klar, dass an dieser Stelle der Pflanze irgendein Sinnesorgan verborgen sein musste, das der Empfindung dient. Tatsächlich wurde an den Flockenblumen ein solches Organ auch entdeckt, nämlich sogenannte "Fühlpapillen". Das sind feinhäutige Stellen an den genannten Haaren, deren leiseste Berührung genügt, um in der Blüte einen wahren Aufruhr auszulösen.

Wer das weiss, der geht mit ganz eigentümlichem Gefühl über eine Herbstwiese mit ihren leuchtend roten Flockenblumen am Wegrande, denn ihm ist, als empfinde er unmittelbar das grosse Geheimnis, das auch aus diesen bescheidenen Geschöpfen spricht.

Dr. R. H. Francé.

Die Wunderblutkirche.^x

SPD. Man hat so viele Rekorde des absonderlichen und Aussergewöhnlichen festgestellt. Man hat die schönste Frau und den längsten Mann eruiert, das grösste und das kleinste Ding, das höchste und tiefste; man hat alles Einzigartige, alles aus dem Rahmen des Gewohnten Fallende, alles vom Mittelwege des Durchschnitts Abweichende gesucht. Die Flucht aus dem Alltage gipfelt in Superlativen. Haben Sie aber auch schon gewusst, wo Deutschlands grösstes Fenster ist? Nein? Nun, auch das gibt es.

Diesen Rekord findet man in einer Stadt, die beinahe noch einen anderen Rekord hält: den, die kleinste Stadt Deutschlands zu sein. Denn das grösste Fenster Deutschlands ist nicht in Berlin, wenn auch nicht allzu weit davon entfernt, sondern in - Wilsnack.

Was das nun schon wieder ist? Wilsnack liegt unweit von Wittenberge an der Berlin-Hamburger Bahn, hat nur rund zweitausenddreihundert Einwohner und ist doch eine Stadt und ein Badeort obendrein. Ein blitzblankes, wohlhabendes - Dörfchen, möchte man sagen, wenn darüber die Wilsnacker nicht tödlich beleidigt wären. Ausser Moor und Schlamm, der zu Gesundheitszwecken dort reklamiert wird, ausser ein paar Miniaturstrassen, die in ewigem Sonntag liegen, und deren Häuser wie aus einer Spielzeugschachtel stammend aussehen, hat es eine Kirche von mächtigen Dimensionen: die Wunderblutkirche; und eins ihrer Fenster, das zweiundzwanzig Meter hoch und ganz hübsch breit ist, heischt den Anspruch, das grösste in Deutschland zu sein. Der Führer berichtet es mit Stolz, und man hat weder einen Zollstock bei sich noch einen Grund, an seiner Behauptung zu zweifeln, auch wenn man alle Fenster, durch die man in seinem Leben schon einmal sah, in Gedanken nachmisst.

Wie kommt aber ein so grosses Fenster in eine so kleine Stadt, noch dazu in einer Gegend, die weder mit übermässiger Fruchtbarkeit gesegnet ist, noch sich durch Handel oder Industrie auszeichnet?

Um dieses Fenster und um diese Kirche, die nicht als einzige Deutschlands nie fertig geworden ist, rankt sich eine sonderbare Geschichte.

Wilsnack war ein ärmliches, unbedeutendes Nest, bis im Jahre 1383 ein Unglück geschah, das sich bald zum grössten Segen wandelte. Da kam ein Ritter, der mit dem Bischof von Havelberg in Fehde lag, raubte und plünderte das Dorf Wilsnack aus, steckte es an allen vier Ecken an und brannte auch die kleine, aus Feldsteinen erbaute Kirche nieder. Und wusste nicht, dass er damit das Glück Wilsnacks machte.

Denn ausser dem Glockenturm blieb auch der Altar einigermaßen vom Brande verschont. Und auf dem Altar standen in einem Schrein drei geweihte Hostien. Die blieben ebenfalls unversehrt. Aber jede von ihnen zeigte drei rote Flecken. Die moderne Wissenschaft meint, das sei sehr wohl möglich, und erklärt das auf verschiedene Weisen. Damals aber kümmerte man sich nicht um solche spitzfindigen Erklärungen. Es war eben ein Wunder. Das heilige Blut hatte sich auf den Hostien neu gebildet.

Schnell drang der Ruf dieses Wunderblutes in die Welt. Der Bischof kam; Wallfahrer kamen - erst zu Dutzenden, dann zu Hunderten, Tausenden und Zehntausenden. Die armen Bauern wurden schnell zu vermögenden Herbergswirten. Jedes Haus wurde ein Gasthof. Geld kam ins Land. Eine neue, grosse Kirche begann man zu bauen. Und die Wilsnacker wussten das Glück zu nutzen und das Geld richtig zu scheffeln. Bleierne Hostien wurden als Wallfahrtszeichen hergestellt. So kam der kleine Ort zu der grossen Kirche mit dem mächtigen Fenster. Zwar tobte die Konkurrenz; man exkommunizierte sich gegenseitig, aber die Wilsnacker blieben Sieger und nutzten ihren Sieg weidlich aus.

Der Anblick des Wunderblutes tat es nicht allein. Die Pilger mussten, wie das in damaliger Zeit so üblich war, für ihre Sünden mit Geld und Geldeswert zahlen. Und das machte man auf eine recht einfache, einträgliche und raffinierte

te Weise. Jeder arme Sünder wurde nach Gewicht abgeschätzt. Man machte das vorsichtig und befand jeden recht leicht. Dann wurde er auf die Sünderwaage gesetzt, und siehe da, er war viel schwerer. Das machten die Sünden, die mit ins Gewicht fielen. Um sie wett zu machen, musste der Wallfahrer alle mitgebrachten Opfergaben in die andere Wagschale werfen, bis das menschliche und geistliche Gleichgewicht wiederhergestellt war. Kam ein besonders vermögender Sünder, so sorgte man dafür, dass dieses Gleichgewicht nicht allzu schnell hergestellt wurde, und wusste sich dazu guten Rat. An der einen Wagschale, in die der Sünder kam, war, wie ein Chronist berichtet, ein Strick angebracht der durch ein Loch in den Keller ging. Dort unten zog dann immer jemand mehr oder weniger stark, je nach dem Vermögen des zu wiegenden Sünders. Eine der beiden Wagschalen wird heute noch in der Wunderblutkirche gezeigt.

Das ging so bis in die Zeit der Reformation. Luther forderte in seiner Schrift "An den christlichen Adel deutscher Nation" dazu auf, die Kirche von Wilsnack niederzureissen. Das geschah nun zwar nicht, aber 1552 verbrannte ein evangelischer Geistlicher die Wunderbluthostien.

Doch die guten Wilsnacker hatten zu lange am Gastwirtsgewerbe Gefallen gefunden. Sie sind auch heute noch Gastwirte geblieben, und in Wilsnack steht nach wie vor ein kleines Hotel neben dem anderen. Statt des Wunderblutes lockt heute Moor und Schlamm die Fremden an, die in diesen Bädern ihr Rheuma verlieren wollen. Und wenn sie aus dem heilkräftigen Morast gestiegen sind, dann schauen sie sich die Wunderblutkirche an, die zu den schönsten und interessantesten norddeutschen Backsteinkirchen gehört. Ein freiherrlicher Führer geleitet sie an Deutschlands grösstes Fenster, und während sie es von innen und von aussen gebührend bestaunen, erzählt er ihnen die sonderbare Geschichte dieses Fensters.

Mario Mohr.

SPD. 150 Meter tief gefrorene Erde.^x Wie tief der Frost in noch bewohnten arktischen Gebieten in die Erde einzudringen vermag, zeigen Bohrungen nach Steinkohlen auf Spitzbergen, die kürzlich im Auftrage des norwegischen Handelsministeriums vorgenommen wurden. Bei diesen Bohrungen stellte man fest, dass der Frost bis in eine Tiefe von 150 Metern reichte. Die Bohrungen selbst waren ausserordentlich schwierig. Nahe der Erdoberfläche hatten Frost und Bodenverschiebungen das Gebirge so zerklüftet, dass zunächst einmal Zement eingepresst werden musste, um überhaupt den Bohrer in grössere Tiefen hinabsenken zu können. Je tiefer man aber mit dem Bohrer vordrang, umso hartnäckiger wurde der Kampf mit dem Frost. Alle Augenblicke fuhr der Bohrer ein. Um diese Störung zu beseitigen, kam man auf die Idee, hinter dem Bohrer Gummischläuche einzusenken, die mit heissem Dampf gefüllt waren und unmittelbar bis an den Bohrer reichten. Sobald der Bohrer einfror, wurde Dampf hinabgedrückt. Nur so gelang es, die gewaltige Frostsicht von 150 Meter Dicke zu überwinden.

SPD. Eine Stadt, in der die Sonne zweimal untergeht.^x Die Bewohner des kleinen englischen Städtchens Leek können jeden Tag die Sonne zweimal untergehen sehen. Im Westen der Stadt erheben sich riesenhafte Bergkuppen, die oberhalb der Basis zu einem grossen Loch durchbrochen sind. Zur Zeit des Unterganges versinkt nun die Sonne hinter den Bergspitzen. Es wird sofort dunkel in der Stadt. Die Sonne sinkt tiefer und kommt plötzlich durch das grosse Bergloch noch einmal einen Augenblick zum Vorschein.